

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 RM, monatlich 1.50 RM
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
 Romantisch, vom Postamt abgeholt
 1.50 RM, vom Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1.64 RM. Unser Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 8.— RM, für das übrige Ausland
 4.50 RM monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Postbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Verzeichnisse.

Ercheint täglich.

Telegramm-Adresse
„Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:

Die Nebengebühren Anzeigelleistungen
 50 Wg. „Kleine Anzeigen“ das
 festgedruckte Wort 30 Wg. (zählend
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Wg. Kleinanzeigen und
 Geschäftsanzeigen das erste Wort
 20 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Letzter Buchstabe 20%,
 Familien-Anzeigen, politische und
 gesellschaftliche Berichte - Anzeigen
 60 Wg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Donnerstag, den 27. Juni 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Russisch-Ukrainische Verständigung.

Die Kiewer Verhandlungen.

Vereinbarungen wegen der Grenzfragen. — Don und Ukraine. — Freie Stadt Taganrog.

Kiew, 23. Juni. In den ukrainisch-russischen Friedens-Verhandlungen ist Übereinstimmung über den Grundsatz für die Grenzen dahin erzielt worden, alle nach Friedensschluss entstehenden Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht zu schlichten. Beide Delegationen sind bereit, bei der Grenzfestsetzung jeden Gedanken an Annexionen und Vergewaltigungen auszuschließen, daher ist unter Berücksichtigung politischer, wirtschaftlicher und sonstiger Interessen der Völker als Ganzes das ethnographische Prinzip für die Grenzfestsetzung maßgebend. Nur in einzelnen, im Friedensvertrage besonders auszuführenden strittigen Gebieten soll zu einer unbefugten Befragung der Bevölkerung geschritten werden.

Der frühere Kommissar für das Cholmer Gebiet Storpis Jostuchowski ist jetzt zum Gouvernementsstaroste von Cholm ernannt; im Dongebiet wird der Landwirtschaftsrat unter Zuziehung zahlreicher Vertreter der Provinz in den nächsten Tagen mit der Ausarbeitung einer Agrarreform beginnen.

Der aus Kiew zurückgekehrte General Swetschin erklärte, daß die politisch-wirtschaftlichen Verhandlungen des Don mit der Ukraine auf bestem Wege.

Taganrog wird eine freie Stadt. In den Verhandlungen des Generals von Knoerzer mit Vertretern der Taganroger Stadtverwaltung ist die Unterordnung sämtlicher in der Stadt befindlichen staatlichen Behörden unter die Municipalität vorgeesehen.

Kiew, 22. Juni. Nach Meldungen der Presse hat die Eisenbahnkommission beschlossen, den Güterverkehr zwischen der Ukraine und Rußland in den nächsten Tagen zu eröffnen. Dagegen machen die Ukrainer die Eröffnung des Personenverkehrs von der Rückgabe des ukrainischen Wagenmaterials an die Ukraine abhängig.

Das Handels- und Industrieministerium macht bekannt, daß während des Waffenstillstandes jeglicher russisch-ukrainische Warenaustausch nur mit Genehmigung der ukrainischen Warenaustauschkommission bei der ukrainischen Friedensdelegation zulässig sei.

Die russische Delegation teilt mit, daß Rußland 1/2 Milliarde Rubel Manufakturwaren sowie Baumwolle für vier Monate, ferner Schuhwaren, Seide und Kerzen zum Austausch gegen ukrainische Produkte zur Verfügung hat.

Die zwischen den Vertretern Rußlands und der Ukraine getroffenen Friedensvereinbarungen haben den Wert eines europäischen Vorbilds und sind in diesem Sinne von der größten Bedeutung. Sie zeigen außerdem, daß die beiden Hauptstaaten, in die das europäische Rußland durch den Krieg zerfallen ist, sich die Bahn zu einer späteren noch engeren Wiederannäherung offenhalten wollen. Rußland ist auf dem Wege, sich selber als Staatenbund wiederzufinden!

Generalstreik in Budapest.

Streik in den meisten Fabriken. — Der Kampf um die Wahlreform.

Budapest, 26. Juni. Im Abgeordnetenhaus begann gestern die Beratung über die neue Wahlrechtsvorlage, und zwar unter allgemeiner Teilnahmslosigkeit der Abgeordneten, die sich bei Beginn der Diskussion bis auf wenige Ausnahmen aus dem Sitzungssaal entfernten. Vor Beginn der Beratung hatte der Abg. Levaszky im Namen der Karolyi-Partei die Zurückziehung der Wahlrechtsvorlage gefordert, die weder den Wünschen der Bevölkerung noch den gegebenen Zusagen entspreche.

Was die Leere des ungarischen Abgeordnetenhauses und die geringe Aufmerksamkeit verursachte, dürfte aus den Mitteilungen zu schließen sein, die Ministerpräsident Dr. Wekerle über den Budapester Streik, der noch keineswegs beendet ist, machte. Folgende Meldung des Wolff-Bureaus liegt vor: Ministerpräsident Dr. Wekerle erklärte, es sei richtig, daß

in den meisten Fabriken die Arbeit eingestellt sei. Selbst Zeitungen erscheinen nicht, was um so mehr zu bedauern sei, da infolgedessen die verschiedensten Schreckensnachrichten und größten Unwahrheiten Verbreitung fänden. So werde die Agitation geschürt, damit die

Arbeiter die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Zu diesem Zwecke würden täglich Flugzettel verteilt, worin es heiße, es bedürfe nur der Ausdauer, denn die Tage der Regierung seien gezählt. In einigen Tagen schon werde eine neue Regierung kommen. Es ist absolut unmöglich, fuhr Wekerle fort, daß die Regierungsgewalt von einzelnen provisorisch gebildeten Organisationen, Arbeiterräten und dergleichen ausgeübt werden kann. (Langanhaltender Beifall rechts, großer Lärm auf der äußersten Linken und Ruße: Das wollen die Arbeiter auch nicht.) Und daß diese von unläuterer Elementen dirigiert werden. (Großer Lärm links.) Die Arbeiter fordern die Entferrnung der Gendarmen und die Entsendung von Militär in die Fabriken. Wer wirklich das Interesse des Volkes im Auge hat, muß wünschen, daß die milder vorgehende Polizei und Gendarmerie und nicht das strengere Militär die Aufsicht in den Fabriken ausübe. Der Ministerpräsident wies die Anschuldigungen zurück, als ob die Regierung die Tendenz verfolge, die Löhne herabzusetzen. Es habe noch keine Regierung gegeben, welche auf diesem Gebiete soweit gegangen sei, als gerade die gegenwärtige.

Die Entfernung der gegenwärtigen Regierung

sei nicht so sehr der Wunsch des Volkes, als — auf die Linke weisend — der Herren Abgeordneten. (Große Heiterkeit rechts, Lärm auf der äußersten Linken.) Diesen frommen Wunsch, fuhr er fort, haben manche Parteien auch schon früher gehegt. Sie beschuldigen die Regierung, daß sie sich zwischen Volk und Krone stelle. Das widerspricht vollkommen den Tatsachen, denn jeder Schritt dieser Regierung wird vom König gebilligt, und zwar sowohl bezüglich der Wahlreform als in jeder anderen Hinsicht. Die Regierung verfolgt keine persönlichen Zwecke, aber es ist Pflicht der Regierung, daß sie ihren Posten nicht feige verläßt. (Großer Beifall rechts, lebhafter Widerspruch auf der äußersten Linken. Abg. Fenesch wird wegen fortwährender Zwischenrufe zweimal zur Ordnung gerufen.) Die staatsfeindlichen Bestrebungen, welche in einem großen Teile des Auslandes verbreitet sind, haben auch bei uns Eingang gefunden, zum Teil infolge agitatorischer Tätigkeit unserer Feinde, leider aber auch dadurch, daß gewisse irreführende Elemente sie unterstützen. Da die Bewegung sich bisher in friedlichen Gleisen vollzog, hat die Regierung gewartet, bis eine Wendung zum Besseren eintritt, und nichts gegen sie unternommen, sie ist auch bei den getroffenen Maßnahmen mit großer Schonung vorgegangen und bittet die Abgeordneten, nicht Öl ins Feuer zu gießen. (Beifall rechts, Lärm links.) Die Verantwortung für die Folgen trifft nicht die Regierung, sondern diejenigen, die die Bewegung fördern. Der Ministerpräsident schloß: Ich lasse mich nach keiner Richtung hin terrorisieren (Beifall rechts), ich habe ruhig auf die Einstellung der Bewegung gewartet, Sie aber sind es — auf die Linke weisend —, welche die friedliche Lösung verhindern. (Beifall rechts, Lärm links.)

Dem W. L. B. ist zu entnehmen, daß Abgeordneter Martin Lovasszy die Abdankung der Regierung gefordert hatte, weil sie die Wahlreform im Stich gelassen habe.

Telegrammwechsel Malinow-Hertling.

Zwischen dem Ministerpräsidenten Malinow und dem Reichskanzler Hertling sind Telegramme gewechselt worden. Der bulgarische Ministerpräsident erklärte: „Die Interessen der bulgarischen Nation sowie die zwischen uns bestehenden Bündnisverträge und Vereinbarungen vor Augen, bin ich fest entschlossen, stets diejenige äußere Politik zu verfolgen, für deren geheiligte Ziele mit dem Aufgebot aller ihrer Kräfte unsere tapferen Soldaten auf den ruhmreichen Schlachtfeldern kämpfen.“

Graf Hertling gibt seiner Freude und Genugtuung Ausdruck, daß Malinow gewillt sei, die „erfolgreiche Politik seines Amtsvorgängers im gleichen waffenbrüderlichen Sinne fortzuführen“. Er könne dabei „unserer vertrauensvollen Unterstützung sicher sein“.

Kaukasisch-Armenien unabhängig.

Kiew, 26. Juni. Kaukasisch-Armenien hat vor einigen Tagen seine staatliche Unabhängigkeit erklärt. Ministerpräsident ist D. R. Katschaznuni, Minister für auswärtige Angelegenheiten Dr. A. Chatissian. — Eine armenische Delegation, an deren Spitze der Präsident des armenischen Nationalrats, A. Acharonian, steht, und zu deren Mitgliedern auch der Minister für auswärtige Angelegenheiten, Dr. A. Chatissian, der frühere Dumaabgeordnete Dr. Papadjanian zählen, ist zur Befreiung der schwebenden transkaukasischen Fragen am 19. Juni in Konstantinopel eingetroffen.

Kühlmannkrise ist Kanzlerkrise.

Die Presse der Rechten spricht mit großer Bestimmtheit von einer K i h l m a n n k r i s e. Ein paar Tage oder Wochen werde man dem Staatssekretär Zeit lassen, sich zu verschämen, seinen Prozeß zu erledigen und sonst einige Dinge in Ordnung zu bringen. Dann werde er verschwinden und irgendeinem „tüchtigen Mann aus der Praxis“ Platz machen. Auf alle Fälle sei seine Stellung vollkommen erschüttert.

Die Verbreiter dieser Darstellung berufen sich u. a. auch darauf, daß der „Vorwärts“ an dem Verbleiben Kühlmanns kein Interesse zeige, der Staatssekretär sei somit nicht nur für die Rechte unmöglich, sondern auch von der Linken aufgegeben, auf alle Fälle also erledigt.

Diesem Versuch der Rechten, den „Vorwärts“ für ihre Zwecke in Anspruch zu nehmen, treten wir mit der größten Entschiedenheit entgegen. Der Name Kühlmann bedeutet für die Sozialdemokratie ganz gewiß keine Fahne, mit der sie steht und fällt. Der Mann des Brest-Litovsker Friedens, der Mann, der die Livland-Erklärung im Hauptquartier ruhig hin- und sich am letzten Dienstag beinahe entschuldigte, weil er am Tage zuvor der Wahrheit zu nahe gekommen war, ist nicht ihr Mann. Aber was sie an Kühlmann auszusprechen hat, ist etwas ganz anderes als das, weswegen die Rechte gegen ihn Sturm läßt, es ist vor allem nicht die Sache Kühlmanns allein, sondern die Sache der ganzen Regierung. Und darum kann es für sie auch keinen Fall Kühlmann geben, der isoliert zu betrachten wäre. Der Fall Kühlmann ist ein Fall Hertling.

Es ist nicht zu glauben, der Reichskanzler könnte den Staatssekretär des Auswärtigen auf höheren Befehl einfach davonjagen und dann ruhig in seinem Amte bleiben. Würde Herr v. Kühlmann wegen seiner Rede vom Montag entlassen, so wäre damit eine vollkommen neue politische Lage geschaffen, die Voraussetzungen, auf denen sich der Bestand der gegenwärtigen Regierung aufbaut, würden damit hinfällig.

Auch die große Gleichgültigkeit gegenüber der Person des Staatssekretärs könnte nicht blind dafür machen, was seine Verabschiedung unter den gegenwärtigen Umständen sachlich bedeuten würde. In den Augen der ganzen Welt wäre das nichts anderes als ein Autodafé, bei dem ein Kezer gegen das militärische Evangelium der Gewalt öffentlich verbrannt würde. In diesem Vorgang würde man einen Beweis dafür erblicken, daß sich in Deutschland kein Minister in seinem Amte halten kann, der die Möglichkeit eines durch Verständigung herbeigeführten, nicht auf reiner Schwertentscheidung beruhenden Friedens auch nur von ferne anzudeuten mag. Soll der feindlichen und der neutralen Welt nicht dieses Schauspiel geboten werden, das die Auffassung, Deutschland sei von Militaristen und Eroberungsfanatikern beherrscht, vollkommen rechtfertigt, dann muß Kühlmann jetzt bleiben, wenn Hertling bleiben soll. Das muß offen ausgesprochen werden, obwohl wir an Kühlmanns Stelle hundertmal lieber einen Mann säßen, der die Kühlmannrede vom Montag nicht nur gehalten hätte, sondern zu ihren Worten auch stünde und in ihrem Sinne entschlossen handelte.

So möglich oder unmöglich die in vielen Farben schillernde Gestalt des Staatssekretärs auch sein möchte, am unmöglichsten wäre die Erscheinung eines Reichskanzlers, der ihn wegen seiner Rede vom Montag oserte, um selber bleiben zu können. Ist Kühlmann unmöglich, so ist es Hertling auch: Kühlmannkrise ist Kanzlerkrise.

Die Enthüllungen, die Genosse Roske gestern in seiner klaren, scharf zupackenden Rede über das Eingreifen einer dritten Seite in den Kühlmannstreit gemacht hat, nehmen der Lage jeden Rest von Unklarheit.

Die vom Regierungstisch ausgesprochene Erkenntnis, daß „durch rein militärische Entscheidungen allein ohne diplomatische Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden kann“, wäre, wenn sie mit Bestimmtheit festgehalten würde, vielleicht geeignet, eine Aenderung der internationalen Lage in der Richtung zu größerer Friedensbereitschaft auf allen Seiten anzubahnen. Es muß einen üblen Eindruck machen, wenn die Regierung von dieser Erkenntnis, kaum daß sie ausgesprochen wurde, wieder zurückweicht, die Folgen müßten aber geradezu katastrophal werden, wenn — nach allem, was vorangegangen ist — der Träger dieser Erkenntnis gezwungen würde, von seinem Posten zurückzutreten. Minister sollen, wenn sie dazu reif sind, parlamentarisch gestürzt, sie sollen nicht militärisch gemahregelt werden. Ein Reichskanzler, der sich zum Werkzeug einer solchen Maßregelung machte, wäre selbst reif für den parlamentarischen Sturz.

So ist das Schicksal der Regierung Hertling-Paner mit dem Schicksal Kühlmanns unlöslich verbunden, der Rücktritt könnte nur ein gemeinsamer sein. Ob er ein Unglück wäre, ist schwer zu entscheiden, und wir haben gestern schon ausgesprochen, wie weit wir davon entfernt sind, uns an diese

Regierung zu klammern. Auf alle Fälle ist einer militärisch amputierten Regierung Hertling ein reines Regime der Vaterlandspartei schon aus Gründen der Klarheit bei weitem vorzuziehen. Eine andere Frage ist, wie ein solches Regime mit dem Reichstag arbeiten könnte und wie es mit der Opposition von neun Zehnteln des deutschen Volks fertig würde, die ihr von vornherein gewiß wäre. Aber vielleicht ist dieser Prozeß der dialektischen Entwicklung, das Springen von Gegensatz zu Gegensatz, notwendig, um die Welt aus dieser Katastrophe herauszuführen.

Mit der Straffentlassung Kühlmanns allein wäre die Rechte natürlich noch lange nicht zufrieden, denn erstens hat es noch nie einen Staatssekretär des Auswärtigen gegeben, der es ihr recht machen konnte, und zweitens steht noch eine ganze Reihe von Namen auf ihrer Liste. Wenn sich ihre Presse jetzt mit aller Kraft auf den einen stürzt und alle anderen Feindschaften in taktisch kluger Weise zurückstellt, so denkt sie wohl an das Bild Bismarcks, das Artichoden blattweise genossen werden müssen. Da sagen wir lieber: Wenn schon, denn schon! Denn es geht nicht bloß um einen Staatssekretär, der sich mehr oder weniger verständlich oder mißverständlich ausgedrückt hat, sondern um einen Kampf der Weltanschauungen, um die Schicksalsfrage der Welt, mit welchen Mitteln ihrer Selbstvernichtung Einhalt geboten werden kann, und da wollen wir nicht unklare und halbe Entscheidungen, sondern klare und ganze!

Die deutsch-englischen Austauschverhandlungen.

O Haag, 25. Juni. Das Correspondenzbureau meldet: Von maßgebender Seite erfahren wir, daß die Arbeiten der deutsch-englischen Konferenz, die über den Austausch der Kriegsgefangenen verhandelt, die Erzielung eines Einverständnisses erwarten lassen. Die Konferenz beschloß heute, ihre Arbeiten für mehrere Tage einzustellen, damit die beiderseitigen Vertreter von ihren Regierungen Weisungen über gewissen Fragen einholen können. Inzwischen werden die Unterausschüsse ihre Sitzungen fortsetzen, um einige weniger wichtige Fragen zu erledigen.

Rückkehr der russischen Schwarzmeerflotte nach Sewastopol.

Rosffs Bureau meldet: Ein Teil der Schwarzmeerflotte mit dem Minenschiff Wolja kehrte aus Noworossisk nach Sewastopol zurück. Ihr Kommandant, Admiral Seablin, hat sich nach Moskau begeben.

Der in Kiew weilende Bolschewiki-Delegierte Beglow erfuhr durch Fernsprecher von dem Moskauer Außenkommissar Tschitscherin, daß die Matrosen der Schwarzmeerflotte nach Entfesseln des Moskauer Funkprüfungsbesehls, die Flotte nach Sewastopol zu schaffen, zur Feststellung der Richtigkeit dieses Befehls eine Delegation nach Moskau sandten. Die mit der Bestätigung des Befehls nach Noworossisk entsandten Sowjetdelegierten seien von Kosaken abgefangen worden. Tschitscherin dementiert das Gerücht über die Verpachtung von zwei Linien Schiffen der Noworossisker Flotte an Deutschland.

Das Zentralkomitee der ukrainischen sozialen revolutionären Partei löste die Parteiorganisation auf.

Chiles strikte Neutralität.

O Haag, 26. Juni. (Correspondenzbureau.) Die chilenische Gesandtschaft teilt aus der Eröffnungsrede des Präsidenten der chilenischen Republik am 1. Juni folgende Äußerungen über die äußere Politik mit: Die Regierung hat die internationale Politik der Republik gewissenhaft geleitet und die zunehmende Freundschaft und handelspolitischen Beziehungen mit den anderen Staaten gefördert. Der Weltkrieg, der die Lebenskraft der großen kriegführenden Nationen vernichtet, und dessen Fortsetzung alle Chilenen bedauern, bekräftigt die Regierung in ihrer Politik strikter Neutralität, die von jeher ihre Richtlinie gewesen ist, und sie hegt die Hoffnung, daß nichts den Frieden stören wird.

Die Aenderung der irischen Politik.

Die englische Regierung hat ihre irische Politik geändert. Am letzten Freitag hat Lord Curzon im Oberhaus die Erklärung abgegeben, daß die Einführung von Homorule und der Dienstpflicht in Irland vorläufig unmöglich sei. Das Geschäft „Homorule für Dienstpflicht“ ist fallen gelassen worden. Deshalb das Dienstpflichtgesetz aufgegeben wurde, hat in den letzten Wochen der empörte Widerstand der Iren Klar gemacht. Das Land ist nicht mehr nur am Rande eines Aufstands. Die Berichte aus Irland sind voll von den blutigen Symptomen offener Rebellion. Deshalb aber die Regierung von Homorule zurücktritt, erklärt der Widerstand aus den mächtigsten Kreisen, die zugleich die Träger des imperialistischen Kriegswillens in England sind. Auch Curzons Ministerleute gehörten zu den Sturmflüglern. Am von Homorule loszukommen, läßt man die Geschichte von der deutschen Verschwörung in Irland wirken. Mit Hochdruck muß sie Arbeit leisten: Erst half sie, den Iren hunderte der Führer nehmen und hinter Schloß und Riegel sperren, und jetzt hilft sie, die Ausbeuter Irlands in ihren Privilegien sicherzustellen. In welchem Umfange aus der Verschwörungsgeschichte Kapital geschlagen wird, zeigt eben jetzt die Irendebatte, die im Unterhaus sich abspielt.

Man kann aber nicht einfach Homorule vom Tisch wegwischen, ohne einen Ersatz auf die Plätze zu stellen. Versprechungen und Vorspiegelungen kosten im politischen Leben zunächst nichts, und so wird nun ein großartiges Projekt aufgesetzt. Es wird davon geredet, daß die Umwandlung des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland in eine Vereinigung der Britischen Inseln geplant sei. Also ein Projekt, mit dem man sich der von den Sinnfeinern getragenen Forderung nach völliger Autonomie für Irland zu erwehren sucht.

Wie der Londoner „Temps“-Berichterstatler aus sicherer Quelle wissen will, soll dies Föderationsprojekt vor dem Herbst vollkommen ausgearbeitet sein. Man erwartet natürlich, daß Irland eine neue politische Regierungsform als Ersatz der Homorule angeboten wird, sobald der neue Vorschlag der Zwangsdienspflicht verwirklicht ist. Ein Komitee der beiden Kammern, welches Mitglieder aller Parteien in sich vereint, hat sich konstituiert, um Lloyd George die Vorteile einer Reorganisation des Königreichs auf föderativer Grundlage auszuweisen, wodurch England, die gälischen Landschaften, Schottland und Irland auf gleichen Fuß gestellt werden. Nach dem „Temps“ besteht die Ansicht, Lloyd George sei der beabsichtigten Ausdehnung des Grundgesetzes von Homorule auf andere Teile der britischen Inseln geneigt. Was sich hier ab-

An der venetianischen Gebirgsfront alle österreichischen Gewinne vom 15. Juni gehalten — Lebhaftes Gefechts-tätigkeit westlich der Gitsch — Feindliche Einzelvorstöße im Westen.

Berlin, 26. Juni 1918, abends. Amtlich. Von den Kampffronten nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 26. Juni 1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezugsgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südlich der Scarpe griff der Engländer gestern früh mit mehreren Kompagnien in breiten Abschnitten an. Bei Fenchy und Reville-Bitasse wurde er im Gegenstoß zurückgeworfen. In den Nachbarschnitten scheiterten seine Vorstöße in unserem Feuer.

Am Abend lebte die Artillerietätigkeit fast an der ganzen Front auf. Zwischen Arras und Albert und beiderseits der Somme blieb sie auch während der Nacht lebhaft. Mehrfach ließ der Feind zu starken Erkundungen vor. Er wurde abgewiesen und ließ Gefangene in unserer Hand.

Seezugsgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Aves und Marne zeitweilig auflebende Gefechts-tätigkeit. Westlich der Dife erbeuteten wir in Vorfeldkämpfen französische Maschinengewehre. Ein feindlicher Teilangriff nordwestlich von Chateau-Thierry wurde abgewiesen.

Seezugsgruppe Herzog Albrecht.

Nördlich vom Rhein-Marne-Kanal drang bayerische Landwehr in die französischen Stellungen nordwestlich von Bures ein und brachte 2 Offiziere und 40 Mann gefangen zurück.

Aus einem feindlichen Geschwader, das am 24. 6. früh von Seiffons bis zur Aisne zum Bombenabwurf vordrang, wurden 5 Flugzeuge abgeschossen.

Abwärts wurden 12 feindliche Flugzeuge und 3 Fesselballone zum Absturz gebracht.

Leutnant Udet errang seinen 33., 34. und 35., Leutnant Kirchstein seinen 27., Leutnant Ramey seinen 24., Leutnant Veltjens seinen 23. und Leutnant Vilit seinen 21. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 26. Juni 1918. Amtlich wird verlautbart:

An den Fronten westlich der Gitsch war die Gefechts-tätigkeit in den letzten Tagen wieder lebhafter. Auf dem Jugurakken schlugen wir starke, durch heftiges Geschützfeuer eingeleitete Vorstöße unter schweren Feindverlusten ab. Auf der Hochfläche von Asiago und zwischen Brenta und Piave verlief der gestrige Tag wesentlich ruhiger. Das erditterte Ringen vom 24. hat für die Italiener mit einem vollen Mißerfolg geendet, der am Karsten dadurch in die Erscheinung trat, daß in den meist unstrittenen Kampfgebieten auf dem Asolone und Monte Vertica unsere dem Feinde folgenden Abteilungen beträchtliche Abschnitte seiner vordersten Linien in Besitz nahmen. So sind demnach dank der Tapferkeit und dem heroischen Zugreifen unserer in ungedrogener Kampfraft fechtenden Truppen alle italienischen Anstrengungen, das am 15. Juni eingeübte Gelände zurückzugewinnen, blutig gescheitert. Bei der Seezugsgruppe des Feldmarschalls von Borjesio keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

gespielt hat, ist nicht überraschend gekommen, hat aber doch, wie es heißt, Kuffehen und Spannung verbreitet.

Im Unterhaus steht nunmehr die irische Lage zur Debatte. Reuter berichtet vom Dienstag: In der Generaldebatte rechtfertigte der irische Staatssekretär Short den Entschluß der Regierung, ihre Politik zu ändern. Short sagte:

Die Verhältnisse haben sich vollständig geändert, seitdem Lloyd George im April seine Erklärung abgab. Zwei Hauptgründe waren es, die die Wandlung veranlaßten: erstens die Entbedung der deutschen Verschwörung, die eine drohende Gefahr für England bildete, zweitens die Tatsache, daß die Bewegung gegen die Dienstpflicht von Extremisten im Zusammenhang mit der deutschen Verschwörung für ihre eigenen Ziele ausgenutzt wurde. Unter diesen Umständen war es Pflicht der Regierung, rasch und fest zuzupacken. Das tat sie.

Short sagte: er habe darauf gedrängt, daß auf die Dauer des Krieges die irische Frage ausgeschieden würde. Die Regierung wünschte alle weiteren Exekutionen zu vermeiden, wenn das Land geschützt werden könnte, ohne daß man zu ihnen greift. Die Wirkung des neuen Rekrutierungsaufzuges ist befriedigend. Hoffentlich werde es sich verhindern lassen, daß der gute Name Irlands durch die Geschichte der deutschen Verschwörung besetzt werde. Irland sei nicht verantwortlich dafür, was die Deutschen und ein paar hundert irischer Radikaler getan hätten. Man dürfe glauben, daß Irland im Herzen loyal zum Reiche stehe. Asquith regte sodann an, daß die irische Frage dem Reichs-Kriegskabinett, dem die Premierminister der Dominions angehören, überwiesen werde.

Im Verlauf der Erörterung nahm auch Lloyd George das Wort und er hat, wie Reuter meldet, um Rücksicht für die Regierung. Das Problem läge in der Frage, wie man ein Land ohne die völlige Zustimmung seiner Bevölkerung regieren solle. Er glaube, daß das Haus imstande sei, eine Homorulemaßregel durchzuführen, die den berechtigten Einwänden eines großen Teiles des irischen Gemeinwesens mit Billigkeit begehnen würde. Lloyd George fuhr fort:

Es ist völlig unmöglich, die Beweise zu veröffentlichen, aber keiner, der die Beweise geprüft hat, zweifelt im geringsten daran, daß es eine sehr ernsthafte Verschwörung gab, zu der sehr mächtige Leute in Irland gehörten, deren Zweck die Vereitelung der englischen Herrschaft in Irland war. Ist es denkbar, daß eine solche Entdeckung nicht bedeuten sollte? Sie hat die Atmosphäre der Eintrachtigkeit, die in Irland, wie in diesem Hause sich bilden begann, zerstört. Die zweite bedeutende Tatsache war die Haltung der Kirche gegenüber der Dienstpflicht. Die Kirche verbündete sich mit einer Bewegung, die die Oberhoheit des Reiches herausforderte. Das war einer der verhängnisvollsten Irrtümer, den die Kirche begehen konnte. Er machte für den Augenblick jeden Vorzug einer Gesetzgebung unmöglich, bis jene Stimmung wieder beseitigt und die Atmosphäre der Eintrachtigkeit wieder hergestellt worden war. Die ganze Stimmung der Unionisten in Irland, die zum Einlenken bereit waren, ist umgeschlagen. Es wird hoffentlich trotzdem möglich sein, den persönlichen Geist wiederzu-

schaffen, der einmal alle Parteien hier und in Irland beherrschte. Vielleicht ist es sogar möglich, das Problem während des Krieges zu lösen.

Dieser Appell an den „persönlichen Geist“ ist natürlich nicht etwa an die irische Bevölkerung selbst gerichtet, der die englische Regierung zurzeit mit den Gewaltmitteln des schändlich entrechtenden Ausnahmegesetzes von 1887 zu Leibe geht. Nur an die Parteien, an die großartigen Ministerleute, die jetzt vorläufig zufrieden sein werden, und an die irischen Nationalisten, die dem Parlament den Rücken gekehrt haben und nach denen jetzt ein anderer Appell ausgeschrieben wird, ist bei diesem Appell gedacht. Und während die englische Regierung hier ihren Scharfsinn aufbietet, zu ver-föhnen, geht sie mit heißer Bier dem Ziele nach, die irische Bevölkerung durch Aufschachelung der nationalistischen Leidenschaften zu zer-küften und sie aufzuheben gegen die Führerschaft, die, wie jetzt erit wieder ein Wahlsieg zeigte, ihr ganzes Vertrauen hat und deren die englische Regierung sich bislang vergeblich zu erwehren suchte.

Die Gegenrevolution in Rußland.

Das Berliner Bureau der Petersburger Telegraphen-Agentur erklärt, die von den gestrigen Zeitungen gebrachte Nachricht, Jelaterinburg sei von den Tschecho-Slowaken besetzt, treffe nicht zu. In dieser Stadt befindet sich jetzt der Stab der Ural-Sibirischen Front. Gegen Mitte Juni versuchten allerdings gegen-revolutionäre Elemente der Stadt einen Aufstand gegen den Sowjet zu organisieren, wobei es zu Zusammenstößen kam. Die jetzige Lage der Stadt kennzeichnet am besten ein Verdict des Stabes vom 20. Juni: „Mit eiserner Hand ist in Jelaterinburg die Ordnung wieder hergestellt. Es sind energische Maßnahmen gegen einzelne gegenrevolutionäre Aufstände, die von den Nenscheviki, rechten Sozialrevolutionären und weißen Garbisten geleitet werden, ergriffen worden. In Jelaterinburg sind eine Reihe Verschwörer gegen die Sowjetmacht verhaftet worden. Auf Gnade können diese Feinde der Arbeiter- und Bauernregierung nicht rechnen.“

Weiter meldet dieselbe Quelle über den Kampf mit den Tschecho-Slowaken: Die Kommandierenden der Sowjet-truppen an den verschiedenen Teilen der Tschecho-Slowakischen Front berichten über Niederlagen, die die Tschecho-Slowaken im Kampfe mit den Truppen der Sowjets erlitten haben. Unweit der Station Iffalej sind die Tschechen zum Rückzug gezwungen. Die Sowjettruppen befinden sich im Aufmarsch gegen Ural. Ein Regiment der Sowjettruppen hat eine an der Grenze des Nikolajewischen Bezirks operierende Abteilung der Gegenrevolutionäre aufs Haupt geschlagen. Von der Ural-Sibirischen Front wird gemeldet, daß die Tschecho-Slowaken bis auf 180 Kilometer vor Tscheljabinsk zurückgedrängt worden sind. Ueber die Hälfte der Eisenbahnstrecke zwischen Jelaterinburg und Tscheljabinsk befindet sich in den Händen der Sowjettruppen. Um den weiteren Vormarsch auf-zuhalten, haben die Tschecho-Slowaken das Gleise aufgerissen.

Moskau, 24. Juni. Nach Meldung der Presse soll sich der entflohene Großfürst Michael Alexandrowitsch an die Spitze der neuen sibirischen Regierung gestellt und ein Manifest an das russische Volk erlassen haben.

Die Jarenfamilie soll nach Perm übergeführt worden sein. Der Verbleib des früheren Jaren selbst ist nach den Nachrichten der Zeitungen unbekannt. Die Nachrichten über seine in Jelaterinburg erfolgte Ermordung mehren sich.

Die Intervention in Sibirien.

London, 25. Juni. Reuter erfährt von maßgebender japanischer Seite, daß an dem Verichte, die Entscheidung über die Intervention in Sibirien sei getroffen, kein wahres Wort sei.

Bern, 26. Juni. Die französischen Blätter lassen sich übereinstimmend, wenn auch in sehr unbestimmten Ausdrücken aus New York melden: In Washingtoner Regierungskreisen sei der Beginn eines Meinungs-schwanges hinsichtlich der militärischen Intervention in Sibirien zu bemerken. Last forderte in einer Rede in Neu-haven auf, Japan Vertrauen zu schenken und eine neue Ostfront zu bilden.

Basel, 26. Juni. Die Gaoas aus Petersburg meldet, wird aus Chabrin berichtet, daß Oberst Semenov den Bolschewisten einen dreitägigen Kampf lieferte und sie zurückschlug.

Das Berliner Bureau des V. Z. B. gibt ein anderes Bild der Lage. Es teilt gestern mit: Vom Sowjet in Wladiwostok wird gemeldet, daß die Semenovschen Banden im Vaitalgebiet völlig geschlagen und zum Rückzuge nach der Mandchurei gezwungen worden sind. Semenov versuche vergeblich wieder nach Sibirien einzudringen, da laut Bericht des Wladiwostoker Sowjets die Rote Armee der Sowjets den Banden Semenows an Zahl, Disziplin und Organisation überlegen ist.

Basel, 26. Juni. (Frankf. Bg.) Die Stadt Krasnojarsk, Gouvernement Irkutsk, ist von den Antibolschewisten angenommen.

Mit Krasnojarsk, östlich Tomsk im mittleren Sibirien am Janissei gelegen, wäre eine weitere wichtige Station der sibirischen Bahn den Bolschewiki verloren gegangen.

Was man im englischen Parlament sagen kann.

Bern, 25. Juni. Aus der Unterhausrede Asquiths vom 18. Juni sind noch folgende Sätze hervorzuheben: Ich habe das Gefühl — und wer von uns hat es nicht? — daß trotz aller ermutigenden Er-wägungen, die der Schatzkanzler angebracht hat, uns vorgeschlagen hat, wir uns

einer so ernsten und drohenden Lage gegenüber befinden wie niemals seit Kriegsausbruch. Zwar sind wir in einigen wichtigen Punkten besser gerüstet als vor Jahresfrist. (Folgen Ausführungen über die Luftstreitkräfte, die Landbootsabwehr, die amerikanische Hilfe usw.) Ich komme zu dem zurück, was ich vorhin sagte: Die Lage ist äußerst ernst und suchbar. Es befindet sich niemand im Hause, der in diesem Augenblick in frischer Erinnerung an die Erfahrungen der letzten 6 Wochen und im Hinblick auf die Möglichkeit noch ernstlicher, noch gefährlicherer Entwicklungen nicht fühlt, daß es Pflicht jedes Parlamenten ist, sein Möglichstes nicht nur an Leistungen, sondern auch an Worten zu sagen und Informationen, ja selbst an Kritik der Krieg-führung beizutragen. Das ist zweifellos die erste den Mitgliedern des Hauses obliegende Pflicht. Lassen Sie uns nicht unsere Augen vor dem Ernst der Lage verschließen. Ich bin kein Alarmist, war niemals pessimistisch, ich bin ebenso stark wie immer von der Gerechtigkeit und dem unvermeidlichen Triumph der großen Sache, der wir uns verpflichtet haben, überzeugt, aber um so mehr gestimmt es meines Erachtens für uns, den Geist von — ich will nicht sagen — Optimismus, aber von unbedingtem Selbstver-trauen gänzlich beiseite zu lassen. Die Zeiten sind viel zu gewichtig,

die Lage viel zu ernst für rhetorische Wangenleistungen. Ich appelliere an die Mitglieder in allen Teilen des Hauses, der Regierung das Beste zu geben, was jeder von uns in Form von patriotischem Mut und fester Unterstützung zu geben vermag.

Die auswärtige Politik im Reichstag.

151. Sitzung, Mittwoch, den 26. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Hertling, v. Bayer, v. Kühnmann, Wallraf.

Die Debatte über den Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes wird fortgesetzt.

Abg. Haack (Lif.)

führt Beschwerde über das Raufforbrot an den elfässischen Landtag; es ist unbillig, daß dem Landtag verboten wurde, über die Frage der reichsständischen Autonomie und andere Punkte zu sprechen. Der Landtag hat daraufhin beschlossen, überhaupt nicht öffentlich zu verhandeln und dies zur Kenntnis der Behörden gebracht. Aber auch die Veröffentlichung dieses Beschlusses sollte wiederum verboten werden. Der Reichskanzler muß der Umgebung und Außerkräftigung der reichsständischen Verfassung ein Ziel setzen und den militärischen Machthabern zum Bewußtsein bringen, daß ihre Gewalt begrenzt ist durch die Verfassung. Die militärischen Machthaber wollen die elfass-lothringische Frage durch die Angliederung an Preußen lösen; das hat Ludendorff in einem Brief an elfassische Industrielle auch...

als den Wunsch Hindenburgs

bezeichnet und den Briefempfängern geraten, diese Ansicht bei ihren politischen Freunden zu verbreiten. Das elfass-lothringische Volk verlangt aber die Autonomie und der Reichskanzler muß diesem Volk die freie Äußerung seiner Meinung ermöglichen. Die Kirchhofsruhe, die man jetzt in Elfass-Lothringen erzwingt, mag den augenblicklichen Machthabern gefallen, sie muß sich aber einmal schwer rächen. (Bravo! bei den Lif.)

Staatssekretär im Reichsamt des Innern Wallraf:

Elfass-Lothringen wird vom Feinde als Kampfobjekt behandelt und kann jeden Augenblick Kampffeld werden. Daher ist jetzt nicht der Zeitpunkt, über die endgültige Gestaltung der Verfassung von Elfass-Lothringen öffentlich zu verhandeln. — Die flämische Bewegung ist wert, auf deutscher Seite volles Verständnis und Würdigung zu finden. Der Abg. Haack hat für sie kein Verständnis, er würdigt das Ringen unterdrückter Völker für ihre Freiheit nur dann, wenn es mit den Interessen des Deutschen Reiches nicht verträglich ist. Für seine Beschimpfung der Führer der flämischen Bewegung ist ihm aus dem Hause mit Recht ein Pfui zugerufen worden. Wenn die Militärverwaltung in Sitouen bei der Bewässerung keine große Liebe gefunden hat, so muß man doch bedenken, daß die angeordneten Requisitionen dringend notwendig waren; solche Requisitionen aber sind nicht geeignet, Liebe und Vertrauen zu erwecken. Für den Verkehr in Sitouen steht eine Neuordnung bevor, bei der sehr viele Beschränkungen fallen sollen. Dem Reichskommissar sowohl als mir ist es nicht um eine Vergewaltigung anderer Völker zu tun, sondern um ihre Sicherstellung unter Wahrung der Interessen des deutschen Volkes.

Abg. Koske (Soz.):

Auf die harten Anklagen aus Elfass-Lothringen hat der Staatssekretär nichts zu antworten gewußt. Die Mißhandlung des elfässischen Landtages kann man auch gar nicht rechtfertigen. Auch die Maßnahmen in den besetzten Gebieten vermochte der Staatssekretär nicht zu rechtfertigen. Gewisse Härten sind natürlich nicht zu vermeiden, wohl aber Brutalitäten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeitermassen verfolgen die Politik der Regierung mit starker Inanspruchnahme und wachsendem Groll. Der Kaiserwechsel vollzog sich vor einem Jahre in Formen, die einen Fortschritt bedeuteten. Michaelis ging, weil er sich mit der Mehrheit des Reichstages nicht verständigen konnte, und Graf Hertling übernahm das Amt erst nach Verständigung mit der Mehrheit über ein Kinderprogramm. Die Durchführung dieses Programms geht aber sehr langsam vor sich. — Die Herabsetzung der Protration mußte bei einem sehr beträchtlichen Teil der Bevölkerung eine sehr gereizte Stimmung hervorbringen. Die Wahlrechtsvorlage ist eingebracht und ich zweifle nicht, daß Graf Hertling und sein Vertreter mit ihr stehen und fallen wollen. Aber die Art, wie die Junker und große Teile des Jentrums mit ihr umspringen wagen, bewirkt den Rest an guter Stimmung und schadet dem Ansehen der Reichsregierung. Ich bedauere lebhaft, daß der Reichskanzler sich die fortgeschrittenen Protrationen der Frau Junker und Schlotzjunker gefallen läßt und nicht zur Auflösung des preussischen Landtages schreitet. (Präsident Behrenbach unterlag eine Kritik eines anderen Parlaments!) Der Krieg, und Eroberungswille der Feinde besteht fort. Diese Tatsache allein veranlaßt meine Freunde, in manchen innerpolitischen Fragen Zurückhaltung zu üben. Die

Rede des Staatssekretärs Kühnmann

am Montag war ein neuer Versuch, den Friedenswillen der Staatsmänner zu erhöhen, und das billigen wir durchaus. Herr v. Kühnmann sagte, durch rein militärische Handlungen allein ist der Friede nicht zu erreichen. Diese Auffassung teilen meine Freunde durchaus und sie stimmt mit der Ansicht der großen Mehrheit des Reichstages überein, aus ihr heraus kam die Resolution vom 19. Juli 1917. Die Mehrheit will einen Verständigungsfrieden und auch Graf Hertling hat sich ausdrücklich dazu bekannt. Graf Hertling und sein Vertreter sahen am Montag neben Herrn v. Kühnmann und hätten gegen ihn auftreten müssen, wenn sie seine Auffassung nicht geteilt hätten. Am Montag Abend erfolgte der Angriff des Grafen Westarp, und in der Presse sah man die Debe ein: Junker, Schlotzbarone, Kapitalisten, alles was reaktionär und annexionsförmig geklungen ist, verurteilt den Staatssekretär zur Strafe zu bringen. Meine Freunde sind der Meinung, daß Herr v. Kühnmann nur der Sad ist, auf den geschlagen wird, und der die Schläge weitergeben soll, es soll ihm die Regierung folgen, die Friedensziele verfolgt, welche den Leuten nicht passen. Wir haben in den letzten Tagen den Eindruck gewonnen, daß es wieder einmal

um eine Kraftprobe

geht. Gewisse Schichten der Kapitalisten wollen die Regierung besitzeln, die ihnen nicht großsprecherisch genug auftritt, und von der sie einen Frieden befürchten, der ihnen nicht genug Brute bringt. Das sind dieselben Leute, die in der Prinz-Albrecht-Straße dem Volke die politische Gleichberechtigung versagen. Der Vorstoß der annexionsförmigen Presse gegen Herrn v. Kühnmann fand zu unserem Bedauern auch die nachdrücklichste Unterstützung der Militärs. In der Pressekonferenz wurde gerügt, daß der „Vorwärts“ aus Kühnmanns Rede die Berechtigung zu der Ueberschrift nahm: Kein Kriegsende durch militärische Entscheidung. Es widerspricht das der tatsächlichen Lage und die Verbreitung dieser Auffassung föhrt die Puberzität in den Sieg und belebe den Widerstand im feindlichen Lager. Die Oberste Heeresleitung glaube an einen siegreichen Ausgang durch militärische Erfolge.

Eine andere Auffassung dürfte nicht verbreitet werden.

Von Vertrauen in die Mündigkeit des deutschen Volkes ist in dieser Senfuroverfügung nichts zu hören, vollkommen freie Bahn

bagogen hat die annexionsförmige Presse, die mit wütendem Gefläß hinter dem Staatssekretär her ist. — Was der Reichskanzler über die Aufnahme seiner Friedensbereitschaft bei den Feinden jagte, ist unanschaulich. Die „Deutsche Zeitung“ hat die Auffassung, er habe den Staatssekretär abgejchüttelt. Ausgerechnet die „Deutsche Zeitung“ spendet ihm dafür Lob. Der Wortlaut der Rede des Grafen Hertling läßt nach meiner Uebersetzung diese Deutung nicht zu. Auch die gestrige Rede des Herrn v. Kühnmann bedeutet nach ihrem Wortlaut nicht eine Unterwerfung unter die Konterdritten und ihre Freunde. Aber Freunde haben auch meine Freunde nicht daran gehabt. Herr v. Kühnmann sollte doch daran denken, daß die beste Verteidigung der Sieb ist. Es ist jetzt nicht an der Zeit, den Gegensatz zwischen der Regierung und den Annexionsförmigen kleiner erweisen zu lassen als er ist, die Regierung sollte ihr vielmehr scharf hervorheben. Damit werde sie dem Frieden am besten dienen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch in dem Hauptquartier sollten sich die leitenden Stellen darüber klar sein, daß sie auf den guten Willen und das Vertrauen der Volksmassen unbedingt angewiesen sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es handelte sich am Montag wieder einmal darum:

für oder gegen den Verständigungsfrieden.

Die Annexionsförmigen verrechnen sich, wenn sie glauben, das Volk für ihre selbsthätigen Pläne mitzubringen zu können. Schon am Montag hätte dem konfessionellen Redner nachdrücklich entgegengetreten werden müssen und ebenso den geherrn geböhrten großsprecherischen Tiraden. Ich habe nie Mammaderlei getrieben, denn ich glaube, wir können uns bei unserer Lage solchen Luxus nicht leisten. Aber Kraftproben werden ihnen wie drüben widerlich. Herr Stresemann sagte gestern, er glaube an den Erfolg des Schwertes. Vor Jahresfrist frante er den Grafen Westarp, ob er es wagen würde, einen Frieden auf Grund des Statusquo abzulehnen, wenn die Gegner ihn anbieten. Er hat übrigens die nationalliberale Politik vom 19. Juli 1917 desavouiert, denn damals führte der Prinz zu Schönau-Carolath bei Begründung der nationalliberalen Resolution aus: „Auch heute noch bekennen wir uns zu dem Satz der Thronrede vom 4. August 1914, daß uns nicht Eroberungslust teilt“. Und er sagte weiter: Wir sind damit einverstanden, auf dieser Grundlage über den Abschluß eines Friedens zu verhandeln, der dem deutschen Volke das Dasein und die Entwicklungsmöglichkeit gewährt und eine dauernde Veröhnung der Völker ermöglicht“. Stresemann dagegen glaubt noch an den alleinigen Erfolg des Schwertes. Man kann vielleicht Frankreich zerhagen und England vom Festlande verdrängen, aber dann sind immer noch ein Duzend Feinde jenseits der Meere vorhanden. Deshalb halten wie dies Geschrei nach völligem Sieg für eine Kraftprobe, die nur dem Feinde Anlaß gibt, von deutschem Welt herrschaftstreden zu reden. Rationalist wollen wir den Sieg, solange wir den Frieden nicht haben können. Aber wir sind bereit zu einer ehrlichen Verständigung der Völker bereit. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dafür hat sich auch der Reichskanzler eingesetzt. Wir halten es im Augenblick auch für mündig, über die Schuldfrage zu sprechen. Wir beurteilen jede Art von Moralfexerei, die darauf hinausläuft, unser eigenes Volk als das besonders auszuzeichnen zu betrachten, ganz gleich von wem solche Ruhmredigkeit und solche Lobhudelei ausgeht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Meine Freunde haben mich beauftragt, offen auszusprechen: der Kaiser redet und telegraphiert in letzter Zeit häufiger. Uns erschien seine Zurückhaltung in den letzten Jahren sehr viel zweckdienlicher. (Lebhafte Zustimmung links.) In der

Antwort an Feldmarschall Hindenburg

bei Gelegenheit seines Regierungsjubiläums hat der Kaiser gesagt, es handle sich in diesem Weltkriege um den Kampf zwischen der preussisch-deutsch-germanischen Weltanschauung, die Freiheit, Ehre und Sitte hoch hält und dem angelsächsischen Götzenbild des Geldes. Die Genjur des Oberkommandos in den Marken hat in diesem Falle ausnahmsweise einmal ein richtiges Gefühl gehabt, was die politische Situation gebietet. Sie hat verfügt, daß aus dem Ausland kommende Betrachtungen über diese Rede des Kaisers der Senfure unterliegen. (Hört! hört!) Man hat allerdings einiges Interesse daran, dem deutschen Volke vorzuenthalten, wie das Urteil sehr breiter Kreise des Auslandes über diese Kaiserrede gelautet hat. Es ist sehr wenig liebenswürdig und schmerzhaft gewesen. (Zuruf rechts.) So ganz gleichgültig kann es dem deutschen Volk doch wirklich nicht sein, wie die Welt über uns und das deutsche Reich überhaupt denkt. (Sehr richtig! links.) Götzenbild ist vor dem Gelde ist in Deutschland genau so vorhanden gewesen wie in anderen Ländern, und es heißt, die Augen vor Tatsachen verschließen, wenn man verkennen wollte, daß während des Krieges bei uns ein ganz toller Tanz um das goldene Kalb zu beobachten ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und gerade die Leute, die am lautesten nach der Fortsetzung des Krieges und nach großen Kriegesglorifikationen schreien, beteiligen sich in erster Linie an diesem Götzenbild. Die Hauptfrage ist jetzt nicht, wer die Schuld am Kriege trägt, sondern wer

Schuld an der Fortsetzung des Krieges

hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die deutsche Regierung hat ihre Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage der Formel der russischen Revolution ausgedröckelt: keine Annexion, keine Kriegsretribution. Es mag sein, daß sie dabei irgendwelche Hin tergedanken gehabt hat, das kann ich nicht wissen. Tatsache ist, daß die Entente regierungen ohne jede Einschränkung die Einlabung der russischen Republik zum Friedensongreß abgelehnt haben, und auf dem Pariser Kongreß die Fortsetzung des Kampfes mit äußerster Kraftanstrengung verkündet haben. Sie verführen auch danach und Deutschland mußte sich wehren. Zum Glück ist das erfolgreich geschehen. Darüber sind die Arbeitermassen durchaus froh, und sie haben alle Anlaß dazu. Es ist geradezu nötig, davon zu sprechen, daß Meer schätze nur die Bestehenden. Unter einer feindlichen Invasion, unter einer Niederlage haben die Proletariat überall am meisten zu leiden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) An der Friedensresolution des Reichstages ist viel Kritik geübt worden, auch von Freunden der Verständigung. Ich verstehe mich nicht darauf, dieß dieser Beschluß ein Ideal darstellt, aber es war doch ein Fortschritt, daß die Reichstagsmehrheit sich auf Richtlinien für eine Verständigung einigte, denen sich die Regierung anschloß. Täten die Parlamente Englands, Frankreichs und Italiens dasselbe, so könnte man versuchen, einander näher zu kommen. Es ist überaus schmerzlich, daß das Echo auf diese deutsche Erklärung ausgesehen ist. 11 Monate nach dem Beschluß des Deutschen Reichstages hat vor wenigen Tagen die englische Volksvertretung einen Antrag Morell abgelehnt, der die Regierung aufforderte, keine diplomatische Gelegenheit vorübergehen zu lassen, die Möglichkeit einer Verständigung zu prüfen. Daher stellen die deutschen Angriffe an der Front im wahren Sinne des Wortes eine Friedensoffensive dar, indem sie bezwecken, den Kriegswillen der Entente zu zermürben.

Aber das genügt nicht.

Durch klare, unzweideutige deutsche Politik muß der Friedenswille aller Völker gefördert werden. Wir wiederholen heute auf das dringendste den Wunsch, daß die deutsche Regierung ihre Kriegsziele — auch in bezug auf Belgien — so klar und ehrlich wie nur denkbar ausdrückt. (Sehr gut! bei den Soz.) Dabei verkennen wir nicht, daß mit Monologen in Berlin allein nicht weiterzukommen ist. England und Frankreich besitzen in deutschen und türkischen Gebieten noch Faustpfänder in reicher Zahl. Wöher ist jede englische Erklärung unterblieben, daß der Wiederherstellung Belgiens und der Räumung Frankreichs Zug um Zug die Herausgabe aller deutschen Kolonien und die Räumung der besetzten türkischen Gebiete folgen wird. Dagegen hat Volsour erklärt, daß England sich nicht auf die belgischen Wünsche beschränke. Mit dieser

Dankessprache der Staatsmänner

ist nicht weiterzukommen. Deshalb hätte die deutsche Regierung die Aussprache über die auswärtige Politik mit einer klaren Erklärung beginnen sollen. Niemand wird von der deutschen Regierung fordern, daß sie Trümper vorzeitig aus der Hand gebe; aber es kann wirklich der Wirkung nach ausen wegen ganz unzweideutig gesagt werden, daß Belgien und Nordfrankreich freigegeben wird, daß wir auf Eroberungen verzichten und die Freiheit der Meere verlangen. Eine solche ganz unzweideutige Erklärung würde sicher dem Frieden dienen. Wir wünschen auch, daß die Arbeiter aller Länder sich endlich zu gemeinsamer Friedensarbeit zusammensind. Wir sind zu jeder solchen Aktion bereit. Wöher aber haben die Arbeiterparteien Englands und Frankreichs ein solches Zusammenarbeiten mit Vertretern deutscher Arbeiter abgelehnt. Ich zweifle nicht daran, daß, wenn es erst einmal zwischen Arbeiterevertretern aller Länder zum mündlichen Gedankenaustausch kommt, man zu einer Verständigung über die großen Streitfragen, die jetzt die Völder trennen, kommen wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir begreifen es mit Freude, daß die französische sozialistische Presse jetzt die Friedensmöglichkeiten nachdrücklich erörtert. Nach unserer Uebersetzung ist es Wahnsinn, vom Frieden erst dann sprechen zu wollen, wenn eine der beiden ringenden Mächtegruppen niedergewungen ist. Auf Kampfesangelegenheiten und feindlichen Vernichtungsbefehle müssen natürlich weitere mit harten Schlägen geantwortet werden. Darüber sind wir alle einig, daß deutsche Volk läßt sich nicht unterkriegen. (Lebhafte Beifall.) Aber wir wollen die militärische Tat verbunden sehen mit einer Politik größter, ehrlicher, weisendster Offenheit. Weides zusammen wird den gemäßigten Kriegeswillen hervorwunden und die Menschheit hinausbringen aus den Greueln der letzten Jahre zu Frieden und Freiheit. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Nischhofen (natl.): Als überzeugter Anhänger der preussischen Wahlreform bedauere ich, daß diese für Deutschland so wichtige Frage noch nicht gelöst ist. Herrn Koske, der ausgeführt hat, daß in unserer Partei Selbstinteressen maßgebend seien, frage ich, wer denn das gleiche Wohlrecht im Abgeordnetenhaus am nachdrücklichsten vertreten hat? Das war Dr. Friedberg. Uebrigens muß ich als Gegner Dr. Lohmanns feststellen, daß bei diesem niemals finanzielle Gründe maßgebend sein können. Zu der Polemik Koskes gegen Dr. Stresemann sage ich nur, daß wie ohne Siegeswillen den Krieg nicht führen und nicht zum Frieden kommen könnten. (Beifall.)

Abg. Dr. Graf v. Posadowsky (Dt. Fr.): Die Bedenken gegen die erste Rede v. Kühnmanns teile ich. Dagegen bin ich auch der Meinung, daß Rußland den Krieg entsecht hat, um aus den wachsenden inneren Schwierigkeiten einen Ausweg zu finden. Eine französische Regierung, die bei einem deutsch-russischen Krieg neutral geblieben wäre, hätte die nächsten 24 Stunden nicht überlebt. Amerika ist neutral gewesen. Im Osten dürfen wir nicht den Anschein erwecken, als ob sich die soziale Entwicklung der Randstaaten nach unserem Rezept vollzöge. Kaiserlich muß der Krieg schließlich einmal durch Verhandlungen abgeschlossen werden. Gott gebe uns gefühlsvolle, aufrechte Männer, die uns einem guten Ende zuföhren. (Bravo!)

Abg. Graf Westarp (L.): Die Rede Koskes war eine aufreizende Agitationsrede ersten Ranges. Sie hat vor allem bewiesen, daß das Programm, auf das sich Herr v. Hertling bei seinem Regierungsantritt festgelegt hat, verfehlt war. Ich bedauere, daß die Verion des Kaisers in die Debatte gezogen worden ist, das war unzulässig. Wir bekämpfen

an Herrn v. Kühnmann die Reste der Friedensresolution,

wobei es sich versteht, daß wir der Betonung des Siegeswilles durch den Reichskanzler zustimmen. Der Abg. Erberger begründete die Resolution seinerzeit damit, daß eine Veränderung der militärischen Lage nicht zu erwarten wäre. Mit dieser Voraussetzung, die eine irrite war, ist die ganze Friedensresolution hinfällig geworden. (Bravo! rechts.)

Präsident Behrenbach: Graf Westarp hat bedauert, daß Herr Koske die Person des Kaisers in die Debatte gezogen hat. Er hat sie nicht kritisiert, das hätte ich nicht zugelassen. Aber ich benutze die Gelegenheit, um die präsidialen Grundzüge in dieser Frage festzustellen. Die Uebung hat zuerst geschonkt, aber schließlich wurde sie in einer bestimmten Richtung festgelegt. Ursprünglich hat man vermeiden und ist vom Präsidium verhindert worden, die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen. Man hat sich aber gezwungen gesehen, von diesem Grundsatze abzugehen und hat den Weg eingeschlagen, die Erörterung jener Kaiserreden zuzulassen, die durch Gegenzeichnung des Königs gedeckt waren. Dann aber hat sich gezeigt, daß auch diese Uebung nicht haltbar war, und seit langen Jahren ist man dazu übergegangen, die Besprechung von Reden des Kaisers hier zuzulassen. Ich bin nicht gewillt, von dieser Uebung abzugehen (Beifall links), werde aber strengstens darauf sehen, daß das in einer Art und Weise geschieht, die der Stellung des Trägers der Krone entspricht und damit auch der Ordnung dieses Hauses. (Beifall.)

Abg. Haack (L. Soz.): Dem Kriegsende sind wir keinen Schritt näher gekommen. (Sehr richtig! b. d. L. Soz.) Das General-Kommando hat einen Senfureseß verfügt,

wonach eine Debatte darüber, daß eine militärische Entscheidung von den Waffen allein nicht zu erwarten ist, geeignet sei, die militärische Sicherheit zu gefährden.

(Hört, hört!) Man ist also glücklicherweise, daß die Militärdiktatur sogar die Politik des Ministers des Auswärtigen durchkreuzt. Die Militärdiktatur herrscht, sie unterdrückt alles, was ihr nicht paßt, auch einen Minister. Herr Koske erklärte sich mit Herrn v. Kühnmann und Hertling einverstanden. Da sich Graf Westarp mit Herrn v. Hertling solidarisch erklärte, und da zwei Größen, die einer dritten gleich sind, auch untereinander gleich sind, stimmen die Herren Graf Westarp und Koske gleichfalls miteinander überein. (Gr. Heiterkeit.) Meine Äußerungen über den Rat von Hindenburg konnte der Staatssekretär kritisieren. Wenn er mir aber ein Pfui zuruft, wozu nur Abgeordnete berechtigt wären, so ist das eine Annäherung. (Zustimmung bei den L. Soz.)

Die Abgeordneten Graf Westarp und von Richthofen haben sich gegen meinen Freund Koske gewandt, weil sie angenommen haben, Koske hätte denjenigen, die im preussischen Abgeordnetenhaus und hier eine der unfernen entgegengesetzten Politik vertreten, ganz besonders in der Wahlrechts- und Friedensfrage, unterstellt, daß sie diese Politik aus persönlichen Geldsachinteressen trieben. Dabei war gar keine Rede und das ist Koske gar nicht eingeleitet. Er wollte zum Ausdruck bringen, daß die Westarp'sche ihre Politik aus ganz bestimmten Masseninteressen treiben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Graf Westarp hat weiter zu erkennen gegeben, daß die Politik der Sozialdemokratie ihm nicht gefalle. Das verstehen wir vollkommen, denn diese Politik hat der insamen Verleumdung, mit der man immer gegen uns gearbeitet hat, die Spitze abgebrochen, nämlich der Verleumdung, daß die sozialdemokratische Partei sich zusammenfasse aus vaterlandlosen Gesellen und kein Interesse an der Verteidigung ihres eigenen Heimat habe. Das war in der Tat ein sehr bequemes Kammpmittel und ich verstehe es vollkommen, daß unsere Politik dem Grafen Westarp unangenehm ist. (Sehr gut! b. d. Soz.) Dann hat Graf Westarp einen sehr beliebten Trick angewendet, auf den auch der Abg. Haase so reagiert hat, wie ich es als ganz selbstverständlich vorausgesehen habe. Graf Westarp hat sich mit dem Reichskanzler einverstanden erklärt. Das war natürlich dazu bestimmt, die Linke, die in bestimmten vereinbarten Programmpunkten mit der Regierung zusammengeht, in Verlegenheit zu setzen. Der Abg. Haase konnte einen politischen Vergleich, der Hand und Fuß hatte, nicht herbeiführen (Lachen b. d. U. Soz.), deshalb nahm er die Geometrie zu Hilfe. (Heiterkeit.) Es ist nicht unsere Aufgabe, jede Äußerung des Reichskanzlers zu bedenken, im Gegenteil, das liegt uns gar nicht. Aber

von dem allgemein bekannten Programm.

auf dessen Boden der Reichskanzler und wir stehen, ist er gestern, wenn und nicht alle unsere Oben getäuscht haben, doch eigentlich im Grunde nicht abgewichen. (Zustimmung. — Rufe b. d. U. Soz.: Eigenlich!) Der Ton macht die Musik. Natürlich mit adverbialen Ausdrücken kann man alles herausdeuten. (Zuruf des Abg. Haase.) Fürchten Sie nicht, daß ich mich mit Ihnen auseinandersetze; ich mit dem Grafen Westarp auseinandersetzen lohnt, mit Ihnen lohnt es sich nicht. (Große Heiterkeit.) Also der Graf Westarp ist einverstanden mit den gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers. Was hat der Reichskanzler denn aber gesagt? Er hat das unterstrichen, was der Staatssekretär vorgelesen hat, und das war, was auch die Friedenskommission sagte, auf die sich ja auch der Kanzler bei der Übernahme seines Amtes verpflichtet hat. Der Reichskanzler ist auch nicht von seinem Vorgänger oder zweiten Amtsvorgänger abgewichen, der hier erklärt hat, daß nie daran gedacht sei, Belgien zu annektieren. Wir verlangten klar und deutlich zu sagen, daß wir bereit sind, einen Frieden zu schließen auf dem Stande des status quo. Das alles war schon damals erörtert worden. Ich gebe zu, daß aus den einzelnen Sätzen des Kanzlers dies und jenes herausgelaßt werden kann. Niemand in der Reichheit ist verantwortlich für jede Geschichte oder ungeschickte Bemerkung eines Regierungsvertreters. Aus kommt es darauf an, ob wir in den Dingen, die vereinbart sind, mit der Regierung weiter zusammenarbeiten können, oder ob das unmöglich ist. Verantwortlich fühlen wir uns — und das verlangen wir von jedem, der sich in den Reichstag wählen läßt — für das Schicksal des deutschen Volkes und Landes. Dies Verantwortlichkeitsgefühl hat unsere Politik geleitet, und solange die Regierung zu dem steht, was sie versprochen hat, bleibt unsere Politik dieselbe.

Und nun noch eins: Ueber den Sieg und den Glauben an den Sieg ist hier viel gesprochen worden. Ich kann mir überhaupt niemanden denken, der in einen Kampf geht, ohne daß er mit der Absicht zu siegen hineingeht, denn sonst ist er von vornherein verloren. Darum dreht es sich also nicht. Warum sollte man denn auch den Glauben verloren haben, wir würden weiter so siegen wie bisher. Es dreht sich vielmehr um ein anderes. Die Frage ist, und das habe ich feinerzeit ausgeführt, ob es möglich ist, daß die eine Mächtegruppe die andere so vernichtend schlagen werde, daß sie ihr den Frieden diktiert kann. Ich sagte hinzu: „Ein Narr, wer das glaubt,“ und das halte ich aufrecht. Darauf kommt es an, ob durch die Waffenentscheidung allein das Ende dieses Krieges herbeigeführt werden kann. Selbstverständlich wird bei den Verhandlungen am besten der abschneiden, dessen Waffen vorher möglichst günstige Entscheidungen herbeigeführt haben. Daß man dem Staatssekretär die Worte im Munde herumgedreht hat — nun dafür kann er sich mit mir trösten, dem schon oft dasselbe passiert ist.

Graf Posadowsky sagte, man müsse in der Regierung Männer wünschen, die dies und das, was ihm am Herzen liegt, am besten machen. Es sollte das sicherlich nicht eine Empfehlung seiner Person sein. Aber er soll doch nicht so einseitig urteilen. Es kann sich nicht darum handeln, daß die Regierung die Stimmung aufrechterhält. Stimmung läßt sich auf die Dauer ebenfowenig aufrechterhalten, wie sich Vegetation einpflanzen läßt. Die Regierung muß aber vor allem dafür sorgen, daß das Volk nicht erschüttert wird in dem Glauben, die Regierung werde jeden Augenblick einen Frieden der Verkündigung schließen, wenn sie die Gelegenheit dazu hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Graf Posadowsky bezweifelte, daß die Friedensresolution des Reichstags nach innen und außen Wirkungen gehabt habe. Wie glauben Sie wohl, wie es heute im Ausland aussehen würde, wenn die Resolution damals nicht angenommen worden wäre. Das sollen sich die Herren überlegen. Und daß die Resolution im Ausland keinen Erfolg gehabt hat, kann nur behaupten, wer die Dinge im Ausland nicht kennt. Die feindlichen Regierungen sind frampfhaft bemüht, die Stimmung ihrer Völker immer wieder aufzupeitschen und nichts kommt ihnen dabei mehr zuhatten, als die Reden aus den Kreisen der Arbeitlichen und der Vaterlandspartei. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Stimmung ist zum Frieden geneigt in England wie in Frankreich. Die positive Stimmung dort ist ganz unerkennbar; das geht aus zahllosen Anzeichen hervor. Deshalb müssen wir klar zum Ausdruck bringen, daß die große Mehrheit des Reichstags bereit ist,

Jeden Tag in Friedensverhandlungen einzutreten

und einen Frieden abzuschließen, der das, was wir als Voraussetzung für einen Frieden oft genug auseinandergesetzt haben, dem Deutschen Reich sichert. Das ist auch von den Rednern der Reichsparteien hier zum Ausdruck gebracht worden. Wenn von denen, die unsere Politik mißbilligen, behauptet wird, das Ausland läse darin ein Zeichen der Schwäche, so muß man das andere Bekennnis hinzufügen: Wenn die Regierung, wenn der Reichstag, wenn alles, was in Deutschland irgendwas zu sagen hat, bereit ist zu einem Friedensschluß auf verständiger Grundlage, dann kann man dem auch hinzufügen, daß die Gegner nicht von uns verlangen sollen, namentlich nicht von der deutschen Arbeiterschaft, daß sie das Deutschland tun soll, was die englischen und französischen Generale bisher nicht fertiggebracht haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (L.): Das Verhältnis der Rede des Abg. Scheidemann zu der des Abg. Koske erinnert mich etwas an den Vortrag mit der Rede des Reichskanzlers nach der des Staatssekretärs v. Mühlmann. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich hatte die Rede des Abg. Koske als ziemlich heftigen Vorstoß gegen den Reichskanzler aufgefaßt, von Herrn Scheidemann sind wir nun eines anderen belehrt worden. Herr Scheidemann hat ausgeführt, daß die Rede des Reichskanzlers, wie er sie aufsaßt, durchaus auf dem Boden der Friedensresolution gestanden hat. Ich könnte versuchen, das Gegenteil nachzuweisen, will mich aber an diesem anmutigen Gesellschaftsspiel nicht beteiligen. Wir bleiben dabei, daß die Entwicklung der Dinge

unseren Ruf: Los von der Friedensresolution! als berechtigt erweisen hat. Daraus folgern wir, daß der Reichskanzler sich von dieser Politik der Friedensresolution, die wir für schädlich halten, loslösen wird.

Präsident Hehrenbach: Die Diskussion ist geschlossen. Abg. Lebour (Unabh. Soz.): Herr v. Payer wollte noch reden. (Heiterkeit.)

Präsident Hehrenbach: Ich wüßte nicht, daß Herr Lebour Herald der Regierung ist. (Heiterkeit.)

Abg. Lebour (Unabh. Soz.): Ich habe es ihm von den Augen abgesehen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Erzberger (Z.) erklärt in persönlicher Bemerkung, daß er kein Wort von dem zurückzunehmen gedenkt, was er zur Begründung der Friedensresolution gesagt habe. Graf Westarp aber werde die Worte des Herrn v. Payerband von der Wirkung des U-Boot-Krieges innerhalb sechs Monaten heute nicht aufrechtzuerhalten können.

Der Etat des Reichskanzlers und Auswärtigen Amtes wird bewilligt, ebenso debattelos eine Reihe kleiner Etats und das Etatgesetz.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Mittwoch, 2. Juli, nachmittags 2 Uhr. (Dritte Lesung des Etats in Verbindung mit der zweiten Lesung des rumänischen Friedensvertrages.)

Schluß: 5 1/2 Uhr.

Groß-Berlin Kirschen.

Endlich sind sie da, die richtigen, echten, unbedürftigen Kirschen, nicht nur die theoretischen der Obst- und Gemüsestelle, von denen nur der Höchstpreis da war. Dunkel, vollblütig liegen sie in den Schaufenstern, sogar liebevoll dekorativ gehäuft! Eine leise Nüchternheit packt den Käufer. Also doch! Die Liebe hat gesiegt im Kampfe zwischen Trog, Geldgier und Höchstpreis, die Liebe zum Volke, das ja beides genug ist, für ein paar Früchte um rechtliches Geld das Ungemach der Zeit ein gut Teil williger zu tragen.

Lächelnd pußt er seine Brille und betrachtet wieder den saftigen Kirschenhügel. Und liest verdattert, daß das Auslandskirschen sind, von Polen oder weiß der Teufel wo, daß das Pfund die Lächerlichkeit von 2,10 Mk. kostet und daß der Magistrat verantwortlich zeichnet. Er schluckt also das Wasser hinter, das ihm im Munde zusammengelaufen ist, und ergeht sich in Gedanken, die, wenn er sie verlaublich, ihm einen schweren Beleidigungsprozess zuziehen oder, wenn er eine Zeitung wäre, das Wohlwollen des Oberkommandos in den Marken ein für allemal verschmerzen würden. Denn er wundern sich mit Recht darüber, daß nur auf fremdem Mißt so viel gedeiht, während die deutsche Höchstpreiskirsche sich schon durch ihre Abwesenheit unwortlich von ihrer ausländischen Schwester unterscheidet. Allerdings, zu der Annahme, daß die außerhalb der Besetzung stehenden Kirschen gut deutsch allerwege wie Sing und Klang sein könnten, schwingt er sich nicht auf; denn erstens tut so was der Magistrat nicht — und zweitens darf man so nicht sagen.

Drum begnügt er sich schließlich, sich in den Mantel treugläubiger Gutmütigkeit zu hüllen und als deutscher Idealist von den Dingen zu träumen, die ihn nicht erreichen.

Die Zukerrot der Groß-Berliner Kleingartenbesitzer.

Aus den Kreisen der Groß-Berliner Kleingartenbesitzer und Landbesitzer wird geschrieben: Die Kleingartenbesitzer in den Vororten Berlins haben die diesmalige Salzabgabe der Früchte mit großer Besorgnis entgegen, da im Gegenlag zu den letzten Jahren in diesem Jahre so gut wie gar kein Einmachezucker für die Kleingartenbesitzer seitens der Kommunalverbände zur Verfügung gestellt wird. Welche Gründe hierfür maßgebend sind, ist der Allgemeinheit nicht bekannt; auf jeden Fall wird aber der Mangel an Einmachezucker stark empfunden und die Salzabgabe der diesjährigen Obsterte der kleinen Selbstversorger stark schädigen. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die maßgebenden Stellen sich des näheren über den Umfang und die Bedeutung des Kleingartenwesens in Groß-Berlin unterrichten möchten. Insbesondere im Osten und Norden Groß-Berlins bestehen ausgedehnte Kleingartenbesetzungen und Obstgärten, in denen ein starker Bedarf an Einmachezucker vorherrscht.

Verbot des Handels von Gemüse mit Kraut.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung, hat verfügt, daß Antiquar Khaschaber nur noch mit einem Blattanlag bis zu 8 Zentimeter, Kürbissen, Möhren und Karotten überhaupt nicht mehr mit Kraut gehandelt werden dürfen. Für die letzteren drei Gemüsearten gilt eine Ausnahme nur insofern, als hier der Absatz mit Kraut noch für den Fall zugelassen ist, daß die Ware vom Erzeuger mit Hauptwerk und dergleichen auf kurze Entfernungen — ohne Benutzung der Bahn — an die Abzweige, besonders auf öffentliche Märkte, gebracht wird.

Neue Meldevorschriften für Kohlenhändler.

Kohlenhändler, die Kusthills (d. h. auf den Reichsmonatsmeldearten nicht angemeldet) Lieferungen an meldepflichtige, gewerbliche Verbraucher von monatlich mehr als 10 Tonnen Kohle usw. machen, werden durch eine neue Bekanntmachung des Reichskohlenkommissars in Nr. 145 des „Reichsanzeigers“ verpflichtet, solche Lieferungen zwischen dem 1. und 5. des folgenden Monats mittels eines „Meldeinsens“ zu melden, der bei den Amtlichen Verteilungsstellen für 5 Mk. das Stück käuflich ist und die näheren Einzelheiten enthält. Die Meldevorschrift tritt erstmalig am 1. Juli in Kraft.

Durch die gleiche Bekanntmachung wird auch vorgeschrieben, daß ein Lieferer brieflich der zuständigen Amtlichen Verteilungsstelle und seinem Vorkäufer zu Anfang jeden Monats Mitteilung zu machen hat, wenn er im abgelassenen Monat Brennstoffe an Wiederverkäufer geliefert hat, denen er im vorausgehenden Monat nicht geliefert hatte.

Zweck dieser Maßnahmen ist eine Bekämpfung des „wildem Handels“.

Zur Erhöhung des ortsbüchlichen Tagelohnes.

Der Magistrat Berlin ist dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung über die Erhöhung des ortsbüchlichen Tagelohnes für Berlin und die Neuregelung des Wertes der Sachbezüge beigetreten und hat hierüber eine Eingabe an die zuständigen Behörden veranlaßt.

Wahlrecht und Armenunterstützung.

Der Magistrat Berlin teilt der Stadtverordnetenversammlung mit, daß die Eingabe des Magistrats an das Abgeordnetenhaus vom 26. Februar 1917 über die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte vom Abgeordnetenhaus für erledigt erklärt worden ist, und zwar durch die in das neue Wahlgesetz — das noch nicht verabschiedet ist — aufgenommene Bestimmung, daß als Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht gelten sollen: Pflege oder Unterstütuung des Wählers usw. in Krankheitsfällen; Anhaltspflege eines Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen; Unterstützungen als vereinzelte Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage und erstattete Unterstützungen.

Säuglingspflegeschulen

Sollen nach einem Beschluß des Berliner Magistrats im Kaiser-Friedrich-Rindertrankehaus und im Waisenhaus Alte Jakobstraße errichtet werden. In einer Vorlage teilt der Magistrat mit, daß der Minister des Innern auf Antrag diese beiden Anstalten als Säuglingspflegeschulen und Prüfungsstellen im Sinne der ministeriellen Vorschriften für die aus ihnen hervorzuhebenden Kräfte anerkannt und außerdem genehmigt hat, daß die im Rindertrankehaus auszubildenden Pflegerinnen auch den Nachweis der erfolgreichen Teilnahme am Lehrgang in der allgemeinen Krankenpflege dort erwerben können. Für diese Ausbildung usw. ist monatlich einschließlich der Verpflegung eine Vergütung von 100 Mk. zu entrichten.

Grenzregulierung zwischen Friedrichshagen und Cöpenick.

Die Grenzen zwischen den beiden Gemeinden und dem Fort-Außbezirk Cöpenick laufen derzeit ungenügend, daß die Entwicklung beider Gemeinden dadurch beeinträchtigt wird. Insbesondere liegt es im eigenen Besten Friedrichshagens, den zu Cöpenick gehörigen langen schlauchartigen Zipfel längs des Mühlenfließes, die sogenannten Erpewiesen und das alte Mühlengrundstück zuzuschlagen zu erhalten, ein Gebiet, das nicht von Cöpenick, sondern nur von Friedrichshagen mit kommunalen Einrichtungen versehen werden kann. Alle Beteiligten hatten sich für die Umgemeindung ausgesprochen. Nur eine Minderheit von Besitzern der Erpewiesen und des alten Mühlengrundstücks hat ihre Zustimmung verweigert. Diese Zustimmung ist jetzt vom Potsdamer Bezirksausschuß ergänzt worden, so daß die Umgemeindung der betreffenden Grundbesitzer auch gegen ihren Willen nach Friedrichshagen erfolgt.

Räuferteilung. In der Zeit vom 27. Juni bis 3. Juli wird an diejenigen Kunden, die in die Speiseeinstandslisten der in dem Bezirke der 72-75, 77-79, 83-90, 97-105, 175, 192, 191, 192, 193, 204, 205, 210, 212, 216, und 230. Brotkommissionen. — Osten, Nordosten und Norden Berlins — eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt in demjenigen Geschäft, die durch ein Aushängeschild: „Verkauf von Käse der Zerstelle Groß-Berlin“ gekennzeichnet sind.

„Wo bleibt das Fleisch?“ Zu unserer Beschwerde über die Lichtenberger Massenpeisung (Nr. 102 des „Vorwärts“) teilt uns jetzt der Magistrat Lichtenberg mit, daß von den Speisungsteilnehmern auf die Portion eine Fleischmarke abgenommen wird, die einer Fleischration von 25 Gramm Rohgewicht einschließlich Knochen entspricht. Da nun festgestellt sei, daß der Schwund durch Abgang der Knochen und durch das Kochen etwa 50 Prozent beträgt, und das übrig gebliebene Fleisch zerkleinert dem Essen beigefügt werde, in ihm teilweise gefasche, so sei es „nicht verwunderlich, daß in den einzelnen Portionen selten Fleischstücke gefunden werden.“ — Wenn die Herren vom Lichtenberger Magistrat unseren Artikel etwas aufmerksamer geleien hätten, so würde ihnen nicht entgangen sein, daß die von uns gebrachte Beschwerde von einer Familie sprach, die seit langem täglich sechs bis sieben Portionen entnommen hatte, und daß wir ausdrücklich hinzufügten: „Wenn einer täglich nur eine einzelne Portion nimmt, kann ein tödlicher Zufall es fügen, daß der Beschovogel fast niemals Fleisch darin zu sehen kriegt; aber bei täglich sechs bis sieben Portionen wird doch wohl niemand behaupten wollen, daß da dem Zufall noch viel Spielraum gegeben ist.“ Durch die Antwort des Magistrats ist also die bringende Frage der Lichtenberger Massenpeisungsteilnehmer: „Wo bleibt das Fleisch?“ keineswegs beantwortet.

„Menschenleben in Gefahr!“ Zu unserer Notiz in Nr. 172 teilt uns das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats mit, daß das betreffende ärztliche Attest am 19. Juni bei der Zentralkasse für Krankenernährung eingegangen und am 20. dem Vertrauensarzt vorgelegt worden sei. Die bewilligten Karten seien dann am 24. Juni abgeschickt worden. Das Attest habe auf „Blinddarmentzündung“ gelaufen und die Aufschrift „Gut“ getragen. Da die vorabritismäßige Aufschrift bei plötzlichen Erkrankungen aber „Acht“ lauten müsse, habe man das Attest nicht als einen besonders zu behandelnden Einzelfall angesehen. — Wenn wir danach auch zugeben wollen, daß von der Zentralkasse für Krankenernährung äußerlich korrekt verfahren sein mag, so meinen wir doch, daß man bei einem Attest, das auf „Blinddarmentzündung“ ausgestellt und mit „Gut“ deutlich genug gekennzeichnet ist, den Kranken nie und nimmer fünf Tage auf den Bescheid warten lassen darf, und daß es nicht nur Menschenpflicht, sondern auch Bureaucratenvpflicht ist, in Fällen, wo Menschenleben in Gefahr sind, von dem berühmten Schema P abzuweichen.

Das Erste Nachmittagsheim für verwaunte Krieger, das bisher im Sommer stets im Kröllchen Garten sein Quartier aufgeschlagen hatte, hat dieses Jahr im Garten des Restaurants Charlottenhof (im Tiergarten) Unterkunft gefunden. Die Soldaten erhalten wie bisher kostenlos warme und kalte Erfrischungen. Auch für Unterhaltung wird gesorgt.

Gewährung von Zuwendungen an österreichische Militärpersonen und deren Angehörige. Das österreichisch-ungarische Generalkonsulat gibt folgendes bekannt: Auf Grund des Gesetzes vom 28. März 1918, R.G.B. Nr. 119, können in Fällen nachgewiesener Bedürftigkeit folgende Personen staatliche Zuwendungen erhalten: 1. Mannschafspersonen österreichischer Staatsangehörigkeit, die erwiesenermaßen nach Entlassung und Verurteilung aus dem Heeresdienst infolge des während des gegenwärtigen Krieges geleisteten Militärdienstes eine anerkannte, mindestens 50prozentige Verminderung ihrer beruflichen Erwerbsfähigkeit erlitten haben. 2. Die Ehegatten, die ehelichen und unehelichen Kinder, der eheliche Vater und Großvater, die eheliche und uneheliche Mutter und Großmutter, ferner der eheliche Vater der unehelichen Mutter der unter 1 genannten Mannschafspersonen. 3. Die Witwe, die ehelichen oder legitimeren Waisen, die unehelichen Waisen, der eheliche Vater der unehelichen Mutter der Mannschafspersonen österreichischer Staatsbürgerschaft, die anlässlich eines während des gegenwärtigen Krieges geleisteten Militärdienstes vor dem Feinde gefallen sind oder vermieden werden oder infolge einer durch den Militärdienst erlittenen Beschädigung oder einer durch diesen Dienst veranlaßten oder verschuldeten Krankheit starben. Der Anspruch kann mündlich oder schriftlich bei dem österreichisch-ungarischen Generalkonsulat in Berlin erhoben werden. Die bezüglichen amtlichen Nachweise über die Vereinbarung der Berufstätigkeit, über den Tod oder über die Vermittlung der in Frage stehenden Mannschafspersonen sind beizubringen.

Die nächsten Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters finden am Freitag, den 28. Juni, 5., 12. Juli und 2. August, am Montag, den 29. Juli und 5. August und am Mittwoch, den 3., 10., 31. Juli und 7. August in der Philharmonie, Bernburger Straße 22/23, statt.

Film-Neuheiten. Tauenhien-Walast, Freitag: „Die Serenzi“ nach Otto Erich Hartleben. Mozart-Lichtspiele, Freitag: „Der Todesjoker“ von Alfred Bed. Admirals-Theater, Freitag: „Der Rubinfolamander“.

Der Bäcker- und Konditoreibesitzer Moritz Dobrin ist, da wiederholte gerichtliche Verfassungen nicht trakteten, wegen fortgesetzter Vergehen gegen kriegswirtschaftliche Bestimmungen aus dem Handel ausgeschlossen worden. Der in der Alexanderstraße 14 befindliche Hauptbetrieb und die Zweiggeschäfte Königstraße 84-86, Münzstraße 12, Friedrichstraße 114a, Spittelmarkt 15 müssen 14 Tage nach der Anordnung geschlossen werden.

Ein geheimnisvolles Verbrechen wurde in der Nacht zum Montag am Falkenagener See verübt. Wie der „Anzeiger für das Havelland“ berichtet, übernachtete eine Berliner Familie, der Lehrer K. mit Frau und Tochter, in ihrer Wohnlaube; kurz nach Mitter-

Peter Kosegger.

Gras, 26. Juni. Peter Kosegger ist in Krieglach gestorben.

Es gibt wohl kein Buch in dem Dreivierteljahrhundert von Koseggers Schriften, in das nicht Kindheits Erinnerungen verweben sind, über dem nicht der Stern des Vaterhauses steht, das er stets so heilig gehalten als Wiege seines Dichtens, als Urquell seiner Kraft. Von jedem Reifer, Noblenbrenner und alten Weisheit hat das Am-Peterl auf seinen Hirtenzügen, bei seinen Schmelzer-Wanderungen Geschichten erlauscht und sie in einem treuen Gedächtnis bewahrt. Eine echte „staunensreiche“ Anekdote nach alter Bauernart zu erzählen, das ist Klein und Anfang seiner ganzen Dichtkunst gewesen. Dieser reich aufgeschickte, im engsten Zusammenhang mit der Heimat stets wieder erneute Schatz aus dem Kindheitsparadies hat Kosegger tausendfältige Frucht getragen. Seine Anregungen stammen nicht aus Büchern; mag auch manches bei ihm an die Staldergeschichten, anderes, vor allem die sorgfältige Naturbeschreibung der „Schriften des Waldschulmeisters“, an seinen Lieblingschriftler gemahnen — schließlich ist bei ihm doch alles selbst erlebt, erwandert, „erfahren“. Von solch scharfem Bild der Beobachtung, der ganz persönlichen unmittelbaren Wärme rührt zum guten Teil das Urwüchsige, Kraftvolle seines Stils her. Einmal Primäres, Hinterwäldlerisches liegt in der Natürlichkeit und Natürlichkeit seiner Phantasie, in der Vorurteilslosigkeit und gefunden Robustheit seines Gefühls. Trotz der ausgebildeten Bildung, die er sich in dem langen „Wettstreben“ erworben, hat Kosegger doch stets auf dem von der Kultur noch unberührten Boden des Waldbauerubens gestanden, ist nicht befreit von der Würde einer alten Tradition, die die Kinder der Stadt und einer seit Geschlechtern empfangenen Bildung zu tragen haben. Dabei die inorrige Absonderlichkeit mancher seiner Ideen, die Freiheit und Originalität seines Empfindens, die derbe Frische seiner Darstellung, die mit gutem Grunde an die feste Ungebundenheit der Lutherzeit und an den Volksschichtstil des Hans Sachs denken läßt. Bauer ist er geblieben in dem tiefreligiösen Urgrund seines Wesens, in seiner unbefangenen Lust an „Sinnieren“ und Philosophieren, in seinem schalkhaften Humor, in der Reueberei seiner Instanzen und seiner stets praktisch zugreifenden Logik.

In diesem scheinbar so glücklich und harmonisch entfalteten Leben gab es eine schwere Krise, eine entscheidende Epoche, die über den Wert seines Schaffens entschied und seiner Persönlichkeit wie keinem Werk den Stempel aufgedrückt hat. Das war, als der Dorfchneidergesell des Meißner Berges „entdeckt“ wurde, als der interessante „Natur- und Volksdichter“ in den verführerischen „Weltwunder“ gezogen ward. Daß er nicht verblendet wurde, mag ihn gewaltige innere Kämpfe gekostet haben, von denen auch er, der so gerne von seinen Schicksalen erzählt, nie völlig den Schicksal fortgezogen. Alle die andern Lobredner der Scholle, Verehrer des Bauerntums, von Rousseau bis Tolstoj, von Gottschalk und Auerbach bis zu Sobner, sie kamen aus der Stadt aufs Land, von der Kultur zur Natur. Kosegger allein ging den umgekehrten Weg, der unendlich viel schwerer ist, und daß er ihn aufrecht und siegreich gegangen, ohne die Heimatideale zu verleugnen und aufzugeben, das ist sein größter Ruhmestitel. Die guten Geister, die ihn dabei geleiteten, waren das Heimweh des Apfels, waren die Pietät gegen die geliebten Menschen und die Sitten der Kindheit, waren die Frömmigkeit eines reinen Herzens.

Der Wald ist das Heiligtum von Koseggers Poesie. Wie oft bildet er den Rahmen seiner Geschichten! Wald idyllisch und schüßend, wie in den „Schriften des Waldschulmeisters“, wo er die Geburt einer ganzen sittlichen Gemeinschaft mit seinem tiefen Frieden behütet, oder grausig-gewaltig wie im „Gottfucker“, wo er den Untergang eines entgötterten Geschlechts mit ansieht, oder gar finster drohend, wie in „Jakob den Leibe“, wo er dem Bauern sein Gut verschlingt. Und ebenso wie am Wald hängt er an der Scholle, die des Bauern „Tausender“ ist, der nicht zerreißen noch verbrennen kann. „Jakob der Leibe“ ist das Hohenlied dieser Liebe zum Acker, wie „Erbsen“ den Siedler schildert, der inneren Frieden und wahres Glück im Bauerntum findet. Den Kluch aber bringt in dieses Paradies die Kultur, wie es „das ewige Licht“ darstellt: Die Großstadt dringt in den Wald, die Fabrik vernichtet den Glauben derer, die „das Weltgast getrunken haben“. Wessen Seele aber vom Weltgast zerfressen, der ist unrettbar verloren; auch die ländliche Natur kann ihn nicht heilen, wie der tragische Untergang des Fabrikantensohnes in „Weltgast“ erweisen soll. Die Menschheit steht nirgends so fest gegründet, als im Bauerntum,

und dieses nirgends so tief als in den Bergen“, sagt Kosegger im „Erbsen“. Und mit der Klage um den Untergang dieses Reichentums eint sich der Jammer um den Verfall der erlebten Religion. Priester wollte der Klugenegger Peter werden, und er ist's nur nicht geworden, weil der Bischof am 28. Oktober 1858, als er ihm fürs Seminar vorgestellt werden sollte, auf der Weisheit in Unterseier war. Vom Geistlichen aber hat er etwas behalten, der allzeit „Vergpredigten“ in die Welt geschickt und mit dem „Sündenlad“ geläutet. Mit dem persönlichen Schicksal des Priesters hat er sich zuerst beschäftigt, hat wohl auch die Schwächen der Volksreligion bekämpft, aber sein Glaube gestaltete sich ihm dann immer tiefer und freier und tritt als Grundproblem neben die soziale Frage.

Gottfried Keller, der sonst auf die poetischen Produkte seiner Zeit meist nicht gut zu sprechen war, hat sich an den kleineren Geschichten des „Petri Kettenfeierle“ geradezu delectiert. Halb anekdotische Skizzen, erzählt Baedthold, wie „Ein Pfeiflein zur rechten Zeit“, „Imo Vaterwort“, „Wie ich mit der Theresel ausging“, waren für ihn von allererstem Rang. Mit seinem gewohnten Scharfsinn scheint uns der Schweizer Meister in diesem Urteil die Größe Koseggers feil erkannt zu haben. Sie beruht auf den einfachen Geschichten, die gleichsam die Zellen seines Werkes darstellen, und nur bisweilen schließen sich diese Zellen zu einem umfassenden künstlerischen Organismus zusammen. Unübertrefflich und einzigartig ist es, wie Kosegger ein Erlebnis berichtet, eine Anekdote mit sorgfältig zugespitzter Pointe vorträgt, eine Episode schildert oder eine Gestalt hinstellt, mag er das in geschlossener Novellenform tun oder in autobiographischer Darstellung oder im Plauderton seines Heimgarten-Tagebuchs. Köstlich ist der trockene Humor dieses „Schalles aus den Bergen“, wunderbar seine unendlich reiche, stets das Charakteristische erfassende Beobachtung, das Schlagende seiner Vergleiche, das Lebendige seines Dialogs. Eine große Kunst liegt in seinen Naturbeschreibungen, eine feine Einfühlung in seinem Verhältnis zu den Tieren, in seiner Kinderphilosophie, deren warme Tiefe so rein aus dem Sammelbuch von den Kleinen strahlt. Eine erstaunliche Fülle von Reifeckenwerken hat er in seinen zahlreichen Novellenbänden geboten, in denen der reifste und unvergängliche Teil seines Schaffens liegt. Andererseits tritt schon hier einmal ein Hang zum plauderhaften Abschweifen, zu allzu persönlichem Mitreden hervor. Bei allen seinen Romanen merkt man, daß sie aus einer Zelle gefeimt sind, und diese Urgeschichte läßt sich meistens nachweisen. Oft ist sie besser als das ganze Buch. Vollenend aber sind ihm drei große Werke gelungen: „Jakob der Leibe“, die Tragödie des modernen Bauern, die man etwa mit dem „Wäldnerbauer“ von Polenz vergleichen kann, um ihre ganze Schönheit zu verstehen; der grandiose „Gottfucker“, in dem er über sich und sein Land hinaus in ewige Regionen erwacht, und das tief sinnige „Ewiges Licht“, dieser Abgang der Menschenliebe. Diese Trilogie zusammen mit den besten Erzählungen wird das „Gepäck“ bilden, mit dem Peter Kosegger in die Unsterblichkeit wandert.

Ein Forschungsinstitut zur Bekämpfung tierischer Schädlinge.

Um die unheilvollen Wirkungen des Weltkrieges zu beseitigen, wird es der Hilfe der Naturwissenschaften in ganz besonderer Maße bedürfen. Es kann daher nicht Wunder nehmen, wenn an unseren Hochschulen oder anderen dazu geeigneten Orten Forschungsinstitute gegründet beziehungsweise schon bestehende weiter ausgebaut werden sollen.

Die Errichtung eines solchen, dessen Aufgabe es sein wird, die Bekämpfung der tierischen Schädlinge zu fördern, ist wie wir einem Berichte des „Prometheus“ entnehmen, in München geplant. Die Anregung hierzu ist von dem Professor der angewandten Zoologie an der dortigen Universität, Dr. Escherich, ausgegangen. Die Bayerische Regierung hat in Anbetracht der großen Verluste, die Land- und Forstwirtschaft, Handel und Industrie, nicht zum wenigsten der Mensch selbst durch die tierischen Schädlinge erleidet, ihre Hilfe bereitwillig zugesagt. Wenn beispielsweise der deutsche Obstbau durch solche Schädlinge eine Einbuße von 100 bis 120 Millionen Mark jährlich erleidet, der Weinbau allein in schlimmen Jahren einen solchen von 40 bis 50 Millionen Mark, so liegt das Bedürfnis für eine solche Anstalt zutage. Aber auch Handel und Industrie werden von dieser Pflanzstätte der angewandten Naturwissenschaften Nutzen haben. Die Holz-, Papier- und Bekleidungsindustrie, die ja bereits heute schon in innigster Beziehung zu einander stehen, dürften hier an erster Stelle genannt

werden. Auch Museen, Bäckereien und andere Bildungsstätten kommen hierbei in Betracht. Welche Rolle aber tierische Parasiten bei der Übertragung von Krankheiten des Menschen spielen, hat uns der Weltkrieg nur zu deutlich merken lassen.

Um nun die Bekämpfung der Schädlinge wissenschaftlich zu organisieren und zeitweilig auszugleichen, soll die neue Anstalt mit der Universität der Hauptstadt Bayerns verbunden werden, da diese, als einzige in Deutschland, eine Professur für angewandte Tierkunde besitzt, und weil ferner Bayern als ausgesprochener Agrarstaat, wegen der großen Ausdehnung seiner Obst- und Forstwirtschaft an der Errichtung einer solchen Anstalt das allergrößte Interesse hat.

In ihm soll nun Forschung und Unterricht Hand in Hand gehen. Plätze für selbständige Arbeiten sind vorgesehen. Die Lehrtätigkeit für Studierende der Land- und Forstwirtschaft wird von den geeignetsten Kräften gepflegt werden. Dazu kommen Abteilungen für Untersuchung der Schädlinge in Handel und Industrie, der Bierbrauerei usw. Bakteriologie und Chemie werden an der Anstalt als Hilfswissenschaften gelehrt und Laboratorien für beide errichtet werden.

Als eine besondere Abteilung ist die medizinisch-zoologische gedacht, der die Erforschung der tierischen Krankheitserreger obliegen wird, die Menschen und Haustiere zu schädigen geeignet sind.

Da neben dem Staate auch die Berufsstände, deren Interessen das Institut zu dienen geeignet ist, ihm ihre Anteilnahme durch Zulage reichlicher Mittel bewiesen haben, darf seiner Gründung bald entgegenzusehen werden. Dr. W. R.

Die Kraftwagenlinien nach dem Kriege.

Welch' großen Wert für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege eine zweckmäßige Ausbildung und Organisation des Verkehrs hat, ist schon längst den weitesten Kreisen klar geworden. Neben den bisher bekannten Verkehrsmitteln, Eisenbahn, Kleinbahn und Verbindungen ohne feste Schienenstrecke, werden aber in Zukunft auch die Kraftwagenlinien eine außerordentlich große Rolle spielen, die sie schon vor dem Kriege zu spielen sich angedenken. Es ist deshalb für eine planmäßige Entwicklung dieses Verkehrsmittels sehr wichtig, die Ursachen von Erfolgen einzelner und Misserfolgen anderer Linien gründlich zu untersuchen, wie dies in einem in der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“ des Vereins Deutscher Ingenieure veröffentlichten Vortrage des Oberingenieurs Wickenfelder vom Württembergischen Dampflokfabrikationsverein geschieht.

Besonders lehrreich sind die Ergebnisse der von der Bahndirektion Postverwaltung im Großen eingerichteten Linien, im Vergleich mit privaten Einzellinien in Bayern und Württemberg. Im Ganzen sind die Vorteile des Großbetriebes unverkennbar, wie sich schon an der sehr hohen Rentabilität erkennen läßt, die weit über die bei Kleinbahnen vorkommenden Sätze hinausgeht. Der höchste erreichte Satz war 9,1 Proz., allerdings ist die Rentabilität zeitweilig auch auf 3,5 Proz. heruntergegangen. Aber noch andere Vorteile, die nicht so sehr in diesen Zahlen sich ausdrücken, bietet der Großbetrieb von zahlreichen Linien. Es ist dabei z. B. nicht notwendig, viel Kraftwagen einzustellen, da die schwach benutzten Linien eine natürliche Reserve für die stark beanspruchten bilden. Ferner ist es unter allen Umständen lohnend, eine eigene Werkstatt einzurichten. Ein gut in stand gehaltenes Wagen fährt das Mehrfache der Kilometerzahl eines schlecht gehaltenen. Von Wichtigkeit ist es dabei, den Wagen nicht eine zu große Anzahl von Kilometern fahren zu lassen, damit der Fahrer Zeit hat, sich auch der Instandhaltung zu widmen. Von größtem Einfluß ist der Zustand der Straßen. Soll eine Linie eingerichtet werden, so empfiehlt es sich, bei den beteiligten Gemeinden oder Kreisen eine besonders gute Unterhaltung der Straßen auszumachen, das ist unter Umständen wertvoller als ein Rollenpulver oder eine Jinsgarantie. Nicht so wichtig, aber man denken sollte, ist die Frage, ob eine Linie in der Ebene oder in hügeligem Gelände liegt, der Benzinverbrauch bleibt im großen Ganzen immer derselbe, da beim Vergabfahren umsoviel weniger verbraucht wird als beim Vergaufahren.

Wenn die geplanten Siedlungen für unsere Kriegsbeschädigten zustande kommen, dann wird oft eine Kraftwagenlinie die geeignetste Verbindung mit der nächsten Stadt darstellen.

Notizen.

— Schönherr's „Weibsteufler“ wurde in München vom Spielplan des Schauspielhauses abgesetzt, nachdem der Erz-bischof dagegen gepredigt hatte.

Lodz. Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

„Er soll eine Sicherheit geben. Für unser Geld wird er's kaufen und dann sagen, daß er's für sich gekauft hat. Das sieht ihm ähnlich.“

„Und unsere Freundschaft, und mein Wort, ist das Lust? Was redest du da, Max.“ schrie er empört.

„Dein Wort ist Gold, deine Freundschaft ein guter Wechsel, aber gib nur ein Pfand her, ist doch ein Geschäft.“

„Wir werden das so machen, daß Moritz alles, was er einkauft, sofort durch Eistracht per Nachnahme wegschickt. Wir lösen es ein.“

„Und wo hab' ich die Sicherheit, daß ihr mich von dem Kompagniegeschäft nicht ausschließt, was?“

„Schwein!“ rief Max tief empört und schlug mit der Faust auf den Tisch.

„Sei still, Max, er hat recht. Wir schließen gleich einen schriftlichen Vertrag, den man später notariell beglaubigen läßt.“

Sofort setzten sie einen Vertrag mit vielen Paragraphen auf, eine Art Genossenschaftsstatut. Geschlossen wurde er von allen dreien zur Führung eines Geschäftes in Baumwolle. Alles war drin vorgesehen.

„Na, jetzt stehen wir also auf einem realen Boden. Was bewilligt ihr mir für die Durchführung des Geschäftes?“

„Zunächst die gewöhnliche Provision für den Einkauf. Später können wir uns ja einigen.“

„Zahlt mir gleich was an. Ich werd' Euch eine genaue Rechnung des Verlustes vorlegen, den ich infolge meines Aufenthaltes in Hamburg erleide, des Verlustes in meiner Agentur, die ich eben während dieser Zeit nicht führen kann.“

„Schwein!“ sagte Max zum drittenmal.

„Max, dreimal hast mir Schwein gesagt, ich sag' dir bloß einmal: Dummkopf. Vergiß du nicht, daß wir wollen machen ein Geschäft. Das ist kein Roman und keine Ehe. Du würdest ja selbst den Herrgott beschmuggeln, wenn es dir nur gelänge, und zu mir sagst du: Schwein, wo ich doch nur das will, was mir rechtlich zukommt, Karl kann es ja bezeugen.“

„Scher dich zum Teufel.“

„Na, also hört auf. Streitet doch nicht immerfort. Jährst du mit dem Nachschneidzug?“

„Ja.“

„Eines müßt ihr euch einprägen, meine Lieben, keiner darf es erfahren, woher wir die Nachricht über die Baumwolle bekommen haben, weder jetzt, noch später einmal.“

„Wissen wir's denn? Wie?“

„Ein Geheimnis zu dritt ist kein Geheimnis mehr.“

„Weht schlafen. Bed mich nur nicht mehr, Karl. Komm, Moritz, ich geb' dir noch einen Kuß zum Abschied. Vor der Abreise seh' ich dich ja nicht mehr. Na also, leb' wohl, Kerl, und beschmuggle uns nicht.“

Scherzhast sagte er es und küßte Moritz herzlich. Trotz fortwährender Streitereien und Beschimpfungen hatten sie sich sehr gern.

„Als ob dich jemand beschmuggeln könnte!“ brummte Moritz mit einer gewissen Trauer.

„Bist ein guter Kerl, Moritz, aber auf eine Meile weit sieht man dir den Schacherer an.“

Es war schon nach zwölf Uhr, als Karl aufwachte. Die Sonne schien durch die Fenster und flutete mit hellen Strahlen ins Zimmer, das mit anderlesemem Geschmaack eingerichtet war.

Leise trat Matthias ein, frisch gewaschen und sonntäglich aufgeweckt.

„Gib's was?“ fragte Karl. Dester's schickte nämlich Buchholz noch nachts verschiedene Aufträge.

„Aus der Fabrik ist nichts da, aber heute aus Kurowo warten seit dem Morgen mit einem Brief.“

„Laß sie warten und bring' mir den Brief. Gib ihnen Tee.“

Er zog sich an und ging seine Freunde wecken. Es war aber niemand mehr da.

„Matthias, sind die Herren schon lange ausgegangen?“

„Ja, Herr Moritz ist um elf ausgegangen, seine Reisetasche sollt ich ihm richten und zum Nachschneidzug bringen.“

„Auf die Leute rein. Es fehlt mir etwas, was kann es aber sein?“ überlegte er und rieb sich die Stirn. Er fühlte sich unwohl, sein Kopf war schwer.

Schauer überliefen ihn. Er konnte nicht sitzen, und brachte es doch nicht über sich, eine Bewegung zu machen.

Die Ereignisse der gestrigen Nacht: das Theater, die Loge, Luch, die Kneipe, das Telegramm, Moritz und Baum durchflogen in zerrissenen, nebelhaften Umrisen sein Gehirn und vergingen, Langeweile und Müdigkeit zurücklassend.

„Gelobt sei Jesus Christus.“

„Ach, ihr seid's aus Kurowo. Habt ihr einen Brief mit vom Fräulein?“

Er streckte die Hand aus und bemerkte, daß sie ganz gelb war.

„Da ist ein Schreiben, Mutter, gib's doch dem gnädigen Herrn.“ sagte ernst der Bauer im weißen Kittel.

Die Frau wickelte den Brief aus mindestens zehn Schichten heraus und übergab ihn, ehrfurchtsvoll Karls Weine umfassend.

Er durchflog ihn rasch und fragte: „Ihr heißt also Socha?“

„Ja, richtig, Socha, sag's doch, Mutter.“ flüsterte der Bauer, die Frau mit dem Ellenbogen anstoßend.

„Wirklich wahr ist es, das ist Socha, und ich bin seine Frau, und wir sind hergekommen, um den Herrn Zinschmir um Arbeit in der Fabrik bitten, um...“ sie hielt einen Augenblick inne und schaute nach ihrem Manne hin.

„Wirklich wahr, um Arbeit, erzähl's doch mal, Mutter, vom Anfang.“

„Das schreibt mir grad' der Vater und das Fräulein über euer Unglück. Ihr seid abgebrannt, was? Und jetzt müchtet ihr Arbeit haben in der Fabrik?“

„Wirklich wahr, gnädiger Herr. Bettelarm sind wir geworden, alles ist abgebrannt, und das Haus und der Stall und das ganze Lebentier.“

Sie fing an krampfhaft zu weinen. Der Bauer stand anbauend ernst da, heftete seine Blicke auf Worowicki und schob sich mit einer gewohnten Bewegung die Haare, die ihm immer wieder auf die Augen und das Gesicht fielen, von der Stirn zurück.

„Kommt ihr hier jemand in Lodz?“

„Es sind hier schon Leute aus unserer Gegend, der Michaels Anton ist da, der... na, sag's doch, Mutter, wie es sich gehört.“

„Wirklich wahr, sie sind da, nur weiß man nicht, wo man sie suchen soll.“

„Kommt also zu mir, Socha, Dienstag um ein Uhr, ich verschaff' euch schon Arbeit. Matthias.“ rief er zum Lakai, „besorg' ihnen eine Wohnung und kümmer dich um sie. Na also, geht mit Gott, und kommt dann am Dienstag.“

„Wir kommen sicher, na, sag's doch, Mutter.“

Die Frau umfachte wieder Karls Weine und bat innig: „Da hab' ich von dem letzten Huhn, das nicht verbrannt ist, eine Mandel Eierchen gesammelt, die sollen dem gnädigen Herrn gut bekommen, vom aufrichtigen Herzen kommt's.“ Sie legte ein Bündel zu seinen Füßen nieder.

„Richtig, sie sollen gut bekommen.“ Der Bauer verneigte sich ebenfalls.

„Na, ist schon gut, ich dan' euch, kommt also am Dienstag.“

Er ließ sie stehen und ging ins andere Zimmer. (Fortf. folgt.)

Achtstundengesetz in Norwegen.

Christiania, 26. Juni. Im gestrigen Staatsrat wurde die Einbringung eines Gesehentwurfs beschlossen, der die Regierung ermächtigt, die Arbeitszeit in industriellen Betrieben, soweit die Verhältnisse es möglich machen, auf 48 Stunden wöchentlich herabzusetzen.

Die spanische Militärreform.

Basel, 26. Juni. Die spanische Kammer hat den ersten Artikel der Militärreform mit 75 gegen 10 Stimmen angenommen. Es handelt sich um eine grundlegende und allgemeine Reform des Heeres, für die ungefähr eine Milliarde aufgewendet werden soll.

Die „New Yorker Staatszeitung“ stellt ihr Erscheinen ein. Nach einer Meldung der „Neuen Korrespondenz“ aus New York stellt die „New Yorker Staatszeitung“ und ihre Abendausgabe, die „Chicago Press“, ihr Erscheinen infolge finanzieller Verluste ein.

Ein holländischer Landesverräter. Das Haager Korrespondenzbureau meldet: Aus dem Urteilspruch des Haager Gerichts, durch den J. D. Limburg wegen Landesverrats zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wird, geht hervor, daß der Verurteilte Dokumente aus dem Archiv des Stabes der ersten Division der Feldarmee, die sich auf die Aufstellung der Armee bezogen, dem Militärattaché der französischen Gesandtschaft geliefert hat.

Skandinavische Ministerkonferenz. Kopenhagen, 26. Juni. Die Ministerkonferenz der drei nordischen Staaten hat heute hier begonnen.

Explosionen in Verdun. Berlin, 26. Juni. Am 25. vormittags wurden im Ostteil von Verdun zwei Explosionen beobachtet, die größere Brände zur Folge hatten.

Am die deutsch-afrikanischen Kolonien. Johannesburg, 26. Juni. (Reuter.) Die jährliche Konferenz der vereinigten Industrie- und Handelskammern von Südafrika nahm einstimmig eine Entschließung an, in der der festen Überzeugung Ausdruck gegeben wird, daß die Rückgabe der deutschen Kolonien in Ost- und Westafrika an Deutschland für den Frieden und die industrielle Mitte der südafrikanischen Union und des britischen Reiches von entscheidender Wichtigkeit sein würde.

Die Türken in Persien. Der türkische Heeresbericht vom 24. Juni meldet: Die Armee am Urmiassee wurde von uns im Kampf mit von unseren Feinden unterstützten Banden besetzt.

Die alldeutschen Senegalesen gegen Kühlmann.

Die Alldeutschen haben Generalmobilmachung gegen Kühlmann angeordnet und setzen zu diesem Zweck auch ihre erdatischen Hilfsbänder in Bewegung. Auf der einen Seite nahen mit geschwungenem Regenschirm Prof. Dietrich Schäfer und die Herren vom „Unabhängigen Ausschuss für einen deutschen Frieden“, auf der andern, das Halsabschneidmesser zwischen den Zähnen, die wilden Männer der Vaterlandspartei.

Beide legen mit schmetternden Erklärungen los. Die Vaterlandspartei gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Rede Kühlmanns „in scharfem Gegensatz zu dem unbeirrten Siegeswillen der großen Mehrheit des deutschen Volkes steht, das nicht ruhen wird, bevor der Bund seiner Segner durch das deutsche Schwert zum Nachgeben gezwungen ist“. Der Schäfersche Ausschuss ist besonders ergrimmt darüber, daß Kühlmann Rußland und nicht England als den Hauptschuldigen am Kriege bezeichnet hat, und betrachtet diese Auffassung als eine Art Majestätsverbrechen, nachdem der Kaiser angeordnet hat, daß dieser Krieg ein Kampf zwischen der sittlichen deutsch-germanischen Weltanschauung und dem englischen Götzendienst des Geldes sei.

Die alldeutschen Blätter hatten am Mittwochmorgen Kühlmann bereits definitiv für tot und erledigt erklärt. Der „Vokal-Anzeiger“ ist allerdings am Nachmittag der Meinung, daß mit dem sofortigen Rücktritt des Staatssekretärs nicht gerechnet werden könne. Das Blatt wendet sich gegen eine bereits wieder auftauchende Kandidatur Hefferichs. Der betriebssame Mann hat offenbar den ungeeigneten Moment erwähnt, um wieder von sich reden zu machen.

Der Chauffeur bringt es an den Tag.

Die Schwurzeugen der „Deutschen Zeitung“.

Der Prozeß gegen den Redakteur der „Deutschen Zeitung“, Dr. Lohm, und den Redakteur der „Alldeutschen Blätter“, Dr. Dumde, wegen Verleumdung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Dr. v. Kühlmann wird voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen. Die Beklagten haben den Wahrheitsbeweis angeboten. Vom Verteidiger Rechtsanwalt Schwindt sind Entlastungszeugen geladen worden, so daß zusammen mit den von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen etwa 20 Personen vernommen werden sollen. Darunter befinden sich, nach Angabe der „Deutschen Zeitung“, außer dem Staatssekretär Dr. v. Kühlmann selbst unter anderem der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Justizrat Glah in Mainz, der Gesandte von Rosenberg, Major v. Kehler, Legationsrat Dr. von Harzsch, Wirkl. Geh. Rat v. Kriege, Kommerzienrat Dr. Friedrichs in Potsdam, Generaldirektor Kollenberg, der Direktor der Deutschen Bank Strauß, der Legationssekretär Hehr, v. Gebhardt, Direktor Solmsen in Köln, mehrere Chauffeure, die das Auto des Staatssekretärs in Bulgareff gefahren haben, usw.

Die Umsatzsteuer nach den Ausschussbeschlüssen erster Lesung.

Nach langwieriger Beratung in allgemeiner Aussprache in einem Unterausschuss und in ausgedehnter Einzelberatung in den Ausschüssen des Hauptausschusses lassen sich jetzt die Ausschussbeschlüsse erster Lesung übersehen. Die Grundlage des Gesetzes hat eine Einschränkung erfahren. Nach dem Entwurf sollten neben den gegen Entgelt ausgeführten Lieferungen auch die sonstigen Leistungen solcher Personen, welche eine auf die Erzielung von Einnahmen aus den Leistungen gerichtete selbständige geschäftliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, besteuert werden. Nach den Ausschussbeschlüssen sollen nur Lieferungen und Leistungen, die in Ausübung einer selbständigen gewerblichen Tätigkeit ausgeführt werden, unter die Steuer fallen, einschließlich der Landwirtschaft. Die sogenannten freien Berufe, wie Ärzte, Schriftsteller, Künstler usw., bleiben also von der Steuer verschont. Unter die Ausnahmen, die der Steuer nicht unterliegen, wurden neu aufgenommen die Genossenschaften mit dem Teil ihres Umsatzes, der als Entgelt für die von den Genossen eingelieferten Erzeugnisse oder als Rückvergütung auf den Kaufpreis der von den Genossen bezogenen Waren anzusehen ist. Der sozialdemokratische Antrag, auch die Kohle, die einer Sondersteuer in Höhe von 20 Proz. des Grubenpreises unter-

liegt, von der Umsatzsteuer auszunehmen, wurde abgelehnt. Aus der Reihe der Steuerbefreiungen wurden dagegen gestrichen die Lieferungen von Gas, elektrischem Strom und Leitungswasser durch das Reich, die Bundesstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, die der Entwurf frei lassen wollte. Die Untergrenze des steuerpflichtigen Umsatzes wurde von 2000 auf 3000 M. hinaufgesetzt. Abgelehnt wurde die Vorschrift, die eine einseitige Vergünstigung der Landwirtschaft bedeutet hätte, daß die dem eigenen Betrieb für den Eigenverbrauch entnommenen Gegenstände nur dann in den steuerpflichtigen Umsatz eingerechnet werden, wenn ihr Wert mindestens 2000 M. und der Gesamtumsatz mindestens 15 000 M. beträgt. Der Eigenverbrauch wird ohne Einschränkung von der Steuer erfaßt.

Der Steuerfuß der einfachen Umsatzsteuer beträgt 5 vom Tausend. Der sozialdemokratische Antrag, es bezüglich der notwendigen Lebensmittel bei dem zurzeit geltenden Satz von 1 vom Tausend zu belassen, wurde abgelehnt.

Sinsichtlich der Luxusgegenstände, die einer erhöhten Steuer unterworfen werden sollten, hat man es im wesentlichen bei der vom Entwurf getroffenen Auswahl belassen. Unter die Edelmetalle, Perlen, Edelsteine usw. werden auch Gegenstände aufgenommen, die mit Edelmetall doubliert, plattiert sind, und ebenso die unedlen plattierten, vergoldeten oder versilberten Gegenstände eingereicht, sofern ihr Preis 30 M. übersteigt. Werke der Plastik, Malerei und Graphik sollen frei bleiben, wenn sie weniger als 200 M. (statt 300 M.) kosten. Zu den Antiquitäten werden die Erzeugnisse des Buchdrucks auf besonderem Papier mit beschränkter Auflage hinzugefügt. Die Umsatzsteuer für die bisher erwähnten Luxusgegenstände soll 20 Proz. betragen, während der Entwurf diesen Satz nur für Edelmetalle vorlag. Der Reichstag kann Herabsetzung der Steuer auf 10 Proz. ohne Zustimmung des Bundesrats beschließen. Unter die übrigen Luxusgegenstände, die mit 10 Proz. belastet werden, sollen noch die Willards aufgenommen werden. Neu eingefügt wurde weiter die Bestimmung, daß der Bundesrat weitere Gegenstände der Luxussteuer unterwerfen kann, daß aber der Reichstag diese Erweiterung des Rahmens des erhöht besteuerten Luxus wieder aufheben kann. Auch die Vorschriften über die Buchführungspflicht aller Umsatzsteuerpflichtigen müssen außer Kraft treten, wenn der Reichstag es verlangt.

Den Bundesstaaten sollen vom Ertrag der Steuer für deren Verwaltung und Erhebung 5 Proz., den Gemeinden zur Aufbesserung ihrer Finanzen 5 Proz. und zur Versorgung ihrer Einwohner mit notwendigen Lebensmitteln weitere 10 Proz. zugewiesen werden. Für die Verwendung dieser letzteren Quote hat der Bundesrat nähere Vorschriften zu erlassen, die außer Kraft treten, wenn der Reichstag es verlangt. Dem Reichstag ist ferner Bericht über die Verwendung dieser Beträge zu erstatten. Die vom Unterausschuss vorgeschlagene Aufhebung aller bestehenden Warenumsatzsteuern wurde leider vom Vollausschuss abgelehnt und dafür eine unbedingte Resolution beschloß.

Die oberste Entscheidung in Streitfragen, die sich aus der Umsatzsteuer ergeben, wird dem zu schaffenden Reichsfinanzhof übertragen. Die Geltungsdauer des Gesetzes soll vorläufig auf den 31. Dezember 1923 begrenzt werden.

Noch ein Kriegsbeschädigtenverband ist laut M. Z. B. am Dienstag im Abgeordnetenhaus gegründet worden. An der Gründung sind beteiligt die christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, mehrere Verbände der kaufmännischen und technischen Angestellten, einige Eisenbahnerorganisationen und eine Anzahl Beamtenverbände, die katholischen und evangelischen Arbeitervereine usw. Provisorischer Vorsitzender ist der Reichstagsabgeordnete Franz Behrens.

Rückberufung des Kohlenyndikats. Eine Versammlung der Zeichenbesitzer des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats, die am Mittwoch in Essen tagte, beschloß, dem Geheimrat Emil Rückberf für die Verdienste, die er sich um die Gründung und mehr als 25jährige Leitung des Syndikats erworben hat, eine Wohlfahrtsstiftung von einer Million zur Verfügung zu stellen. Die Versammlung beschloß dann, so meldet der Bericht lafonisch weiter, die Richtpreise für die beiden nächsten Monate unverändert zu lassen.

Die neuen Militärgesetze.

Reservistenpflicht der Landsturmlente.

Der Ausschuss befaßte sich in der Sitzung am Mittwoch mit dem Gesetzentwurf, der es ermöglichen soll, Landsturmpflichtige nach Beendigung des Krieges in die Reserve oder in die Landwehr einzuziehen. — Oberst v. Braun begründete den Gesetzentwurf kurz mit dem Hinweis darauf, daß es notwendig sei, die gelichteten Bestände der Reserve und der Landwehr aufzufüllen. — Abg. Stücken (Soz.) wies darauf hin, daß dieses Gesetz eigentlich

eine Militärvorlage

bedeute von einem Umfange, wie sie dem Reichstag noch niemals zugegangen ist. Die militärisch ausgebildeten Landsturmpflichtigen sollen nach dem Kriege der Reserve und der Landwehr überwiesen werden. Die Wehrordnung läßt zu, daß Reservisten auch nach Ableistung ihrer Dienstzeit bei der aktiven Truppe zurückbehalten werden können, und die Folgen werden sein, daß Hunderttausende von Landsturmlenten jüngerer Jahrgänge, die damit rechnen, mit Beendigung des Krieges entlassen zu werden, nunmehr im Heere zurückbehalten werden.

General Schuch trat der Auffassung entgegen, daß es sich hier um eine Militärvorlage handle, es drehe sich vielmehr um einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit. — General v. Wrisberg beruft sich auf einen Wunsch des Ausschusses für Handel und Gewerbe, dem man mit dieser Vorlage nachgekommen sei. — Abg. Ruffel will wissen, in welcher Reihenfolge die Entlassungen erfolgen sollen. — Oberst v. Braun gibt darüber eine Auskunft, die dahin geht, daß bei der Entlassung

in erster Linie das Alter maßgebend

sein solle. — Von fortschrittlicher Seite wird dann angetragen, die Weiterberatung zu vertagen, bis sich die Fraktionen noch einmal mit dem Entwurf befaßt haben. Diesem Vorschlag stimmte der Ausschuss zu.

Der Ausschuss stellte dann den Gesetzentwurf über Militärvorlagen im Militärstrafgesetzbuch in der Fassung der Regierungsvorlage wieder her und forderte in einer Resolution eine härtere Fassung des Begriffes der Fahnenflucht sowie eine Milderung des § 85 des M. St. G. B. Um das Gesetz nicht zu gefährden, erklärten sich die Sozialdemokraten mit dieser Behandlung einverstanden.

Der Ausschuss erledigte dann in zweiter Lesung das Gesetz betreffend die Heranziehung der Heeresunfähigen. Abg. Stücken gab dazu die Erklärung ab, daß die Sozialdemokraten nicht für das Gesetz stimmen könnten, nachdem alle ihre Vorschläge, die auf Sicherung der in Frage kommenden Leute hingingen, abgelehnt worden sind.

Der Rumänienfrieden im Hauptausschuss.

Am Mittwochmorgen wurde zunächst über den wirtschaftspolitischen Zusatzvertrag beraten, wozu Ministerialdirektor Körner einige Erläuterungen gab. Der Zusatzvertrag ist zwischen Deutschland und Rumänien allein abgeschlossen worden

und befriedigt alle berechtigten Wünsche. Das Petroleumabkommen sichert uns die gesamte überschüssige Produktion sowie die Destillate. Oesterreich-Ungarn ist an diesen Abmachungen zum kleineren Teil beteiligt. Das Wirtschaftsabkommen sichert uns bis 1926 den

gesamten Ueberschuß an landwirtschaftlichen Erzeugnissen jeder Art;

Oesterreich-Ungarn ist daran ebenfalls beteiligt. Für die beiden ersten Jahre sind allerdings die Preise ziemlich hoch. Das Schiffsabkommen sichert uns Vorteile in bezug auf Schiffsraum und Verlademöglichkeit.

Geheim (Sp): Die Wirkung des an sich günstigen Vertrags werde von seiner Durchführung abhängen. Leider mache Oesterreich-Ungarn der Durchführung allerhand unnötige Schwierigkeiten. — Der Vertreter der Regierung erklärt hierzu, es sei schwer festzustellen, ob die Klagen berechtigt wären; man werde sich jedoch in der gewünschten Richtung bemühen.

In der weiteren Besprechung wendet sich Dr. Koeffide (L) gegen eine Anzahl Bestimmungen des deutsch-rumänischen Abkommens, darunter auch gegen seine lange Dauer. Die deutsche Landwirtschaft drohe dadurch stark geschädigt zu werden. — Staatssekretär v. Kühlmann erwidert dem Vorredner, der ihm unterstellt hatte, in seiner jüngsten Plenarrede von einer noch siebenjährigen Kriegsbauer gesprochen zu haben, daß er über die voranschreitliche Kriegsbauer überhaupt nichts gesagt habe. — Ministerialdirektor Körner polemisiert gleichfalls gegen Koeffide; eine Befristung der Uebergangszeit sei nicht möglich.

Das Abkommen über die Verfassungsanlagen in Jurgiu und Turn-Severin wird nach kurzer Aussprache gutgeheißen. Bei der Besprechung des Petroleumabkommens erbittet Erzberger Auskunft darüber, wer im Besitz der Anteilscheine der deutschen Gesellschaften sei. Zum Glück habe ja die deutsche Regierung

dem Drängen deutscher Kapitalisten,

die alles in die Hände zu bekommen versucht hätten, nicht stattgegeben. Für diese Kapitalisten sei das Blut unserer Söhne nicht geflossen. Aus diesen Kreisen habe sich bezeichnenderweise auch der stärkste Einspruch gegen den Friedensvertrag geltend gemacht. — Ein Vertreter der Regierung erwidert, die Gesellschaften seien genügend gebunden; es handle sich um bloße Erwerbsgesellschaften mit kleinem Kapital, die ihre Anteile vertragsgemäß zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Verfügung der Regierung stellen müßten. — Koffe (Soz.): Der Petroleumvertrag sei wie die anderen Verträge für uns zunächst nur eine Sicherheitsmaßnahme, die aufgehoben werden könne im Hinblick auf die Gefahren, die Deutschland aus den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz drohen. Darum müsse man ihnen trotz mancher Bedenken zustimmen. Die Darlegungen der Regierung ließen noch die sichere Gewähr vermischen, daß sich nicht private Kapitalisten auf Grund dieser Verträge zu bereichern vermöchten. Daher sei es dringend zu wünschen, dem Reichstag vor dem endgültigen Abschluß der mit irgendwelchen Gesellschaften zu schließenden Abkommen Kenntnis zu geben. — Ein inzwischen eingelaufener Antrag Erzberger und Genossen verlangt die Gewährleistung einer ausreichenden Gewinnbeteiligung des Reiches bei der Petroleumabgabe. — Staatssekretär v. Stein gibt über die dahingehenden Absichten vertrauliche Auskunft.

Koffe und Genossen haben inzwischen einen Antrag eingebracht, demgemäß alle mit Gesellschaften abzuschließenden Verträge dem Hauptauschuss vorher vorgelegt werden müssen. — Graf Westarp hält es für gerechtfertigt, daß das Reich an dem Gewinn dieser Gesellschaften teilnimmt, doch müsse eine bureaukratische Verwaltung vermieden werden. Rumänien sei im Grunde viel zu gnädig behandelt worden. — Dem widerspricht der Regierungsvortrag Dr. Koffe. — Staatssekretär v. Stein widerspricht dem sozialdemokratischen Antrag, da er eine große Erschwerung bedeuten würde. — v. Graefe (L): Die Legende von der indirekten Kriegsschädigung Rumäniens sei durch die heutige Aussprache zerstört worden. Der Antrag Koffe könne nur in gemilderter Form angenommen werden. — Koffe bemerkt, daß nach den bestimmten Zusicherungen des Staatssekretärs, monach

alle Verträge zur Kenntnis des Reichstags

gelangen sollten, der sozialdemokratische Antrag zurückgezogen werde.

Damit ist die Debatte geschlossen, der Ausschuss stimmt dem Gesamtabkommen über die Wirtschaftsbeziehungen zu. Donnerstags wird weiterberaten.

Die Novelle zum Schusshaftgesetz.

hat bisher in der Kommission nicht beraten werden können, weil eine beschlußfähige Sitzung noch nicht zustande gekommen ist. Der Vorsitzende Scheidemann bringt indessen auf Herbeiführung der Novelle, die für viele unglückliche Menschen von der größten Bedeutung ist. Für Mittwoch vormittag hatte der Vorsitzende eine Sitzung einkernt, in der die Konservativen, die Nationalliberalen und Polen nicht vertreten waren. Eisach, Lohringer waren nur aus der sozialdemokratischen Fraktion anwesend. Die erschienenen Kommissionsmitglieder einigten sich dahin, dem Vorschlag des Vorsitzenden entsprechend, die Novelle noch vor der Vertagung des Reichstags an das Plenum zu bringen. Deshalb sind Sitzungen vorgesehen für den 4., 5. und 6. Juli.

Arbeitskammern.

Der Reichstagsausschuss hat in der Sitzung am Mittwoch die Beratung über die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter zu Ende geführt. Ein Antrag des Abg. Weinhausen (Sp.) verlangt, daß im Falle der Einbeziehung der Landarbeiter für sie und die Arbeitgeber Fachkammern zu bilden sind. Dieser Antrag wurde bei 8 Stimmenhaltungen angenommen, und daraufhin wurde mit 19 gegen 6 (3 konservativ und 3 Zentrumstimmen) beschlossen, daß in dieser Weise die Landarbeiter in das Arbeitskammergesetz einzubeziehen sind.

Letzte Nachrichten.

Die Bahnerweiterung gegen Troelstra.

London, 26. Juni. (Reuter.) Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage erklärte Lord Robert Cecil im Namen der Regierung: Troelstra wurde die Erlaubnis, anlässlich der Arbeiterkonferenz England zu besuchen, erteilt. Man ging dabei von der Erwägung aus, daß es unter keinen Umständen im öffentlichen Interesse gelegen hätte, Troelstra im gegenwärtigen Augenblick nach England kommen zu lassen.

Kerenski in England?

London, 26. Juni. Central News meldet: Kerenski ist in England angekommen.

Hochwasser in Norwegen.

Christiania, 26. Juni. Infolge starker Niederschläge und Hochwassers im Gulaflus ist die Eisenbahnstrecke Christiania—Trondheim auf einer Strecke von 67 Kilometern zwischen Langseter und Stören bis Der weggespült und eine Eisenbahnbrücke eingestürzt, so daß jeder Zugverkehr eingestellt werden mußte. Auch der Landstrassenverkehr, sowie die Verbindungen durch Telegraph und Telephon mit Trondheim sind unterbrochen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Löhne der Arbeiterinnen in der Munitionsanstalt Gafelhorst.

Verschiedene Klagen über zu geringe Löhne werden uns von Arbeiterinnen von der zum Kgl. Artilleriedepot Spandau gehörigen Munitionsanstalt Gafelhorst übermittelt. Wie aus den an uns gelangten Schreiben hervorgeht, beträgt der Stundenlohn der weiblichen Arbeiterinnen bei neunstündiger Arbeitszeit 71 Pf., das ergibt einen Wochenverdienst von 88,84 M. Die Männer erhalten einen Stundenlohn von 1,15 M. Anzeichen der Einsicht der Betriebsleitung, daß mit einem solchen Verdienst bei der gegenwärtigen Löhnerhöhung nicht gut auszukommen ist, führte dahin, den Arbeiterinnen bereits vor Ostern eine Lohnzulage in Aussicht zu stellen. Nach Pfingsten wurde den Arbeiterinnen ein Schreiben vorgelegt, woraus zu entnehmen war, daß ihnen eine Lohnzulage ab 1. April zugedacht sei. Vergeblich warteten die Arbeiterinnen auf die Einlösung des Versprechens. Jedoch ein Zweifel, daß es keine Zulage geben würde, konnte schon deshalb nicht auskommen, weil anlässlich der 8. Kriegsanleihe die Herren Vorgesetzten unter den Arbeiterinnen Propaganda machten und sie im Hinblick auf die in Aussicht stehende Lohnzulage zur Zeichnung aufforderten. Da durfte sich schon niemand ausschließen. Es wurden denn auch von den Arbeiterinnen und Arbeiterinnen Beträge von 50, 100 M. und mehr gezeichnet.

Die gezeichnete Summe braucht nicht mit einmal bezahlt werden, sondern sie wird in Wochenraten von 8, 10 M. und mehr vom Lohn in Abzug gebracht.

Ein solcher Abzug wäre zu ertragen gewesen, wenn sich den gegebenen Versprechungen zufolge auch der Lohn erhöht hätte. Das ist jedoch nicht der Fall, und es müssen deshalb manche Arbeiterinnen am Lohnstage mit einem Wochenverdienst von 28 und 32 M. nach Hause gehen. Ein solcher Betrag reicht jedoch bei weitem nicht aus, um das kümmerliche Leben zu fristen. Allein stehende Mädchen, die von einem solchen Verdienst viele Kleider, Kleidung und Lebensunterhalt befreiten sollen, geraten dabei in die größte Notlage. Die Einsenderinnen betonen in ihrem Schreiben, daß in dem Betriebe der gelbe Verband herrsche, der jedoch für eine Erhöhung des Verdienstes nicht mit Erfolg eingetreten vermag. Die Arbeiterinnen geben sich daher der Hoffnung hin, daß die Herren des Betriebes doch noch ihre Notlage erkennen und eine der steigenden Löhnerhöhung entsprechende Lohnzulage bewilligen werden. Das Beispiel zeigt wieder einmal, wie traurig es um die Löhne bestellt ist, wenn nicht hinter Arbeitern und Arbeiterinnen eine starke Gewerkschaft steht, die sich ihrer Interessen annimmt.

Gegen die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Herzfeld,

die dieser bei der diesjährigen Etatsberatung im Reichstag in Bezug auf eine am 4. Mai 1918 in Dortmund abgeschaltene Besprechung zwischen dem Oberstleutnant Giffenig als Vertreter des stellvertretenden Generalkommandos des 7. Armeekorps und Angehörigen des Metallarbeiterverbandes gemacht hat, wendet sich jetzt in scharfen zurückweisenden Darlegungen das Mitglied des Hauptvorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes H. Bernick in der „Metallarbeiter-Zeitung“. Die Behauptung, daß die fragliche Sitzung einberufen gewesen sei, um zur Verbreitung einer im Auftrage des Generalkommandos verfassten Broschüre Stellung zu nehmen, bezeichnet Bernick als eine wissenschaftliche Unwahrheit. Die Sitzung sei anberaumt worden, weil über folgendes verhandelt werden sollte: 1. Säkularisierung von Streitigkeiten, deren Untersuchung und Prüfung durch die Sachverständigen in den Betrieben, und 2. wie ist zu verhindern, daß Arbeiterauschmittglieder und Vertrauensleute der Organisation, die für die Interessen ihrer Mitarbeiter eintreten, von den Unternehmern den Militärbedienen als abkömmlich bezeichnet werden? Auf die Verbreitung der Broschüre sei erst kurz vor Schluß der Sitzung der Oberstleutnant Giffenig zu sprechen gekommen. Der Verichterfasser, von dem Dr. Herzfeld anscheinend keine unwahren Behauptungen bezogen habe, wisse außerdem, daß alle an der Sitzung beteiligten Verbandskollegen sich zu der Broschürenverteilung — ganz anders erklärt haben, als dies von Herzfeld vorgetragen worden sei. Es sei allgemein betont worden, die Broschüre sei der Ortsverwaltung, Vertrauensleuten oder Gewerkschaftsstellen vorzulegen, um diese darüber befinden zu lassen, ob sie die Schrift verbreiten wollen oder nicht.

Industrie und Handel.

Der Kampf um den freien Handel in der Ubergangswirtschaft.

Die von Hamburg ausgegebene Parole gegen jegliche staatliche Bindung der freien wirtschaftlichen Ubergangszeit findet bei allen Interessenten begeisterten Widerhall. So hielt auch der Geh. Finanzrat Dr. Eugen Berg, Mitglied des Krupp-Direktoriums, in der Hauptversammlung des Vereins für bergbauartige Interessen eine Rede, in der er in schärfster Form jede Kontrolle des Staates über die Wirtschaft ablehnte und die bedingungslose Rückkehr zum freien Handel verlangte. Er führte aus:

Wir haben in den Höchstpreisen von vornherein eine Gefahr für die freie Wirtschaft erblickt. Nun sind wir glücklich so weit, daß auf unsere politische Bühne über die Notwendigkeit Höchstpreise, Beschlagnahme, Kriegsgeleitschaften usw. eine angeblich neue Lehre gekündigt ist, die ihre Ausdrückung zum Teil einem verbliebenen Lager mehrschichtiger sozialistischer Gedanken, zum Teil der freien praktischen Entwicklung entnommen hat, die wir

hier im Reibler besonders gut kennen, und die man früher als großkapitalistische Konzentrationsbewegung grimmig bekämpfte. Diese Entwicklung, die — als Glied des Ganzen — in Freiheit langsam sich vollziehend und, wo sie entartet, sich auch selbst wieder auflösend, unserer Volkswirtschaft große Vorteile gebracht hat, soll nun mit einem Male — das ist des Pudels Kern — allgemein gültiges Organisationsprinzip geworden sein, geeignet für eine Handhabung durch den Staat. Und der Ubergang dazu — soll die Ubergangswirtschaft sein. Wenn wir darüber lächeln, so ist das sicher ein Lächeln der Argut. Aber man ist in der Stimmung, und auch dies Lächeln nicht zu glauben und möchte — trotz der soeben beobachteten praktischen Lehren des Volkswirtschaftsmus (!) — zunächst in der Erprobung der neuen Theorien noch einige Schritte weitergehen. Ich sage „man“. Damit meine ich natürlich nicht unsere leitenden staatlichen Stellen. Diese haben uns wiederholt erklärt, daß sie so bald wie möglich zur freien Wirtschaft zurückzukehren wollen. Es wäre unangebracht, den Ernst dieses Willens zu bezweifeln. Dagegen muß der Hinweis erlaubt sein, daß in diesem Kriege außerhalb der Kriegführung und in gewissem Maße der Privatwirtschaft überhaupt sehr wenig geschehen ist, was die Ausführenden gewollt hätten. Sie waren meistens die Geschobenen. So müssen wir auch in Bezug auf die Ubergangswirtschaft damit rechnen, daß ihre Gestaltung mehr von den Schiebenden als von den Geschobenen abhängt. Gehören nun wirklich die selbstwirtschaftlichen Kreise noch zu den Schiebenden? Oder sind sie schon ganz Geschobene geworden? In der Frage der Ubergangswirtschaft sind sie so ziemlich alle einig — von Landwirtschaft bis Handarbeit. Von „Ermächtigungsgesetzen“ sollten alle wirtschaftenden Menschen nach den Erfahrungen dieses Krieges genug haben, — aber eigentlich auch die Beamtenschaft, die doch bisher immer noch eine Macht in Deutschland ist und es — nach meiner persönlichen, niemandem aufgedrängten Meinung — hoffentlich bleiben wird und will! Denn sie ist es schließlich, auf die alle Pläne für die Auswirkungen solcher Ermächtigungsgesetze herniederfallen, obwohl sie dabei im Grunde nur unter dem Zwange der „Schiebenden“ handelt. Sie ist es auch, die sich selbst unmöglich macht, indem sie dem Schein nach wirtschaftliche Macht in ihre Hände nimmt, die ihr dann doch wie Sand unter den Fingern zerrinnen muß. Es ist ihr ureigenstes Interesse zu sagen: wenn jemand sozialistische (!) Gesetze in Deutschland machen will, so mag der, der es will, die Verantwortung dafür auch selbst übernehmen. In der Frage der Ubergangswirtschaft liegt das Rio Rhodus, die salta in erster Linie in der Ubergangswirtschaft jedes neuen Ermächtigungsgesetzes und in dem Festhalten des Standpunktes, daß die Kriegsermächtigungsgesetze auf die Ubergangswirtschaft keine Anwendung finden.

Der Enthusiasmus des Geheimrats Jugenberg für die freie Wirtschaft ist gerade jetzt wohl verständlich, da die Militärverwaltung, das Reich und die Bundesstaaten endlich versuchen, auf einzelnen Gebieten den unausgeglichenen Preissteigerungen Halt zu gebieten. Daß es dabei an der nötigen Energie immer noch fehlt, beweist die erst unlängst gezeigte Nachgiebigkeit gegen die Agrarier und die Bewilligung ihrer Forderungen auf Erhöhung der Getreidepreise. Aber gelegentlich wird doch der Widerstand gegen neue Preissteigerungen bemerkt. So sind die Kohlen- und Eisenpreise schon seit einiger Zeit stationär. Es ist begreiflich, daß sich die Eisen- und Kohlenmagnaten in ihrer Produktionsfreude und in ihrem patriotischen Eifer, das Reich zu beliefern, nicht gern durch Höchstpreise „abstreifen“ lassen.

Daß das bestehende Ermächtigungsgesetz, das unter ganz anderen Umständen und in Erwartung einer kurzen Kriegsdauer formuliert worden ist, nicht schlankweg in die Friedenswirtschaft hinübergenommen werden kann, versteht sich am Rande. Auf der anderen Seite sollte der Reichstag aber auch nicht zögern, die Regierung in ihrem Kampfe gegen die Anarchie der Privatwirtschaft zu unterstützen und ihr die Handhabe zu geben, um gegenüber privatkapitalistischen Forderungen gemeinwirtschaftliche Bedürfnisse zur Geltung bringen zu können.

Die Entwicklung der Währung.

Trotz der glänzenden Siege an der Westfront hat der Kurswert des deutschen Geldes im Ausland in den letzten Wochen eine sehr bedauerliche Abschwächung erfahren. Unter dem Eindruck des zwischen Friedensschluß und Kriegsausbruch in der Schweiz von 62 auf ungefähr 90 Franken. Da im Frieden für die Reichsmark etwa 128 Frs. gezahlt wurden, so war die Entwertung noch immer groß genug, aber die Besserung ließ doch die Hoffnung zu, daß sich der Kurs weiter nach oben bewegen oder wenigstens nicht fallen werde. Diese Erwartungen sind enttäuscht worden. Der Kurs der Reichsmark bröckelte wieder ab, sank bis zum 15. Mai 1918 auf 78,75 Frs. und ging seitdem in ziemlich scharfem Tempo auf nur 67 Frs. am 25. Juni zurück.

Diese Bewegung beweist ein Doppelttes: einmal, daß die Vaterlandsparteiler völlig im Unrecht waren, als sie den deutschen Waffensiegen ohne weiteres die Wirkung zuschrieben, den Kurs der Reichsmark zu erhöhen und dann, daß die Währung auch in der Ubergangswirtschaft sehr pfleglich behandelt werden muß. Man dürfte in der Annahme kaum fehl gehen, daß die bedauerlich scharfen Kursrückgänge der deutschen Zahlungsmittel auf ihr Angebot aus verbündeten oder besetzten Gebieten zurückzuführen ist. Der Umlauf von deutschen Noten ist ganz gewaltig gewachsen, Deutsche Banknoten kursieren in gewaltigen Mengen in den besetzten Ländern. Es ist kein Wunder, daß sie von da aus an die Börsen

der verschiedenen neutralen Länder gebracht werden und auf den Kurs drücken. Wenn das aber schon heute der Fall ist, um wieviel mehr erst dann, wenn die bestehenden Hemmungen für die Notenausfuhr aus den besetzten und verbündeten Ländern wegfallen!

In den letzten Tagen ist dagegen eine bemerkenswerte Steigerung des Marktkurses in Oesterreich erfolgt oder mit anderen Worten: Der Wert der Krone ist in Deutschland gestiegen. Im Frieden wurden für die österreichische Krone ungefähr 85 Pf. gezahlt. Im Kriege sank ihr Wert recht erheblich, wäre aber noch stärker gedrückt worden, wenn die deutschen Banken der österreichischen Regierung nicht sehr erhebliche Kredite zur Verfügung gestellt hätten, aus denen die Bezahlung der österreichischen Schulden in Deutschland ohne ein weiteres Angebot von österreichischen Kronen erfolgen konnte. Infolge des Ostfriedens besserte sich ebenfalls der Kurs der Krone und blieb fast ein halbes Jahr lang bis zum 11. Juni 1918 auf 66,00 M. für 100 Kronen stehen. Seitdem ist der Kurs der Krone auf 62,05 M. gesunken. Mitgewirkt hat zweifellos, daß über die österreichische Grenze erhebliche Kronenbeträge geschmuggelt wurden, welche hier einen starken Druck auf den österreichischen Kronenkurs ausgeübt haben. Man erinnert sich vielleicht noch, daß im Vorjahr schon ein sehr unerquickliches Angebot österreichischer Kronennoten in Deutschland bemerkbar wurde und daß der dadurch geschaffene Gegenwert in Mark von seinen österreichischen Eigentümern zu Zahlungen ins neutrale Ausland verwendet wurde, die den Markkurs ebenso schädigten wie den Kronenkurs schonten.

Kapitalistenkampf in der Erdölgesellschaft.

In der Generalversammlung der Deutschen Erdölgesellschaft gab es eine Sensation. Infolge der Abstimmung der Winderheit, hinter der die Deutsche Bank steht, wurde eine Kapitalerhöhung dieses der Diskonto-Gesellschaft nachstehenden Unternehmens verhindert. In Begleit gab der Generaldirektor Röllenburg eine Uebersicht über die geschäftliche Lage: Die Betriebe im Elsaß hätten sich sehr gut entwickelt. Bei den hannoverschen Unternehmungen seien die technischen Schwierigkeiten sehr groß, indes seien die Aussichten hier auch recht gut, weil die Leistungsmöglichkeit hier erheblich größer sei als im Elsaß. Gelingen es in Wiege der technischen Schwierigkeiten Herr zu werden, so dürfte dort ein erheblicher Aufschwung zu erwarten sein. Die Braunkohlenunternehmungen der Gesellschaft befänden sich ebenfalls in befriedigender Entwicklung, die Produktion habe von Woche zu Woche zugenommen. Auch die Resultate aus der Produktion von Braunkohlenteeröl befriedigten durchaus. In Galizien seien allerdings die Schwierigkeiten sehr groß, und es bestehe wenig Aussicht, die Produktion dort während des Krieges zu steigern. Durch den Friedensvertrag mit Rumänien sei die rumänische Produktion in einem Ausmaß gesichert, wie es früher wohl für unbedenkbar galt. Sie sei außerdem im Wachsen begriffen und in nicht zu langer Zeit dürfte der Friedensstand wieder erreicht sein. Die Dividende wurde auf 25 Proz. festgesetzt. Zu der beantragten Kapitalerhöhung um 4.250.000 M. bemerkte der Generaldirektor, daß es notwendig erweise, die rumänische Erdölgrundlage der Gesellschaft zu kräftigen.

Rechtsanwalt Dr. Münch und Rechtsanwalt Dr. Rosenhoff, von denen der erstere ein Kapital von 3,6 Millionen Mark, der letztere ein solches von 3,35 Millionen Mark bezieht (im Verlaufe der Versammlung stellte sich heraus, daß hiermit der Aktienbesitz der Deutschen Bank vertreten wurde) widersprachen der beantragten Kapitalerhöhung. Generaldirektor Röllenburg drückte sein Bedauern gegenüber dem angeblichen Vorgehen der Deutschen Bank aus, indem er auf das bisherige gute Verhältnis zur Deutschen Bank hinwies. Er brachte einen Brief zur Verlesung, aus dem hervorgeht, daß die Deutsche Bank sich während der Verhandlungen zwischen der Diskonto-Gesellschaft und dem rumänischen Unternehmen noch darum bemüht hatte, das Geschäft mit der holländischen Gesellschaft selbst zu machen.

Die Kapitalerhöhung wurde darauf abgelehnt, da die erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht vorhanden war. Der Vorsitzende erklärte noch, daß es für die Gesellschaft ein Gebot sei, sich von der in der Abstimmung herorgetretenen Verbormundung und den konkurrierenden Interessen, die darin tagate träten, frei zu machen.

Verschmelzung der Bankbeamtenvereine. Die Verschmelzung über die Verschmelzung des Vereins der Bankbeamten in Berlin mit dem Deutschen Bankbeamten-Verein mußte wiederholt werden, da die Genehmigung der Satzungsänderungen des Vereins der Bankbeamten in Berlin, auf Grund deren jener Beschluß gefaßt wurde, von der Aufsichtsbekörde nicht mit rückwirkender Kraft gegeben worden ist. In der gestrigen Fortsetzung der Generalversammlung ist die Abstimmung wiederholt und die Verschmelzung wiederum mit erheblicher Majorität beschlossen worden. Der Deutsche Bankbeamten-Verein umfaßt nach diesem Zusammenschluß etwa 80.000 Mitglieder und vereinigt damit den weitaus größten Teil der Angestellten des Deutschen Bankgewerbes in seinen Reihen.

Arbeiter-Zamariterband. Kolonne Groß-Berlin. Freitag, den 28. abends 8 1/2 Uhr, bei Schütz, im Königsgraben Nr. 2: Mitgliederversammlung. Vortrag von Hl. Dr. Probst: „Einige hygienische Winke für die Zeitgenossen“. Sämtliche Kursteilnehmer haben Zutritt. Nach dem Vortrage: 1. Ausgabe der Reklamatur zur Dampferpartie am 7. Juli. 2. Revisionierung der Dienstkladden; jedes Mitglied, welches im Besitz einer Karte ist, hat dieselbe mitzubringen; die Karte muß anwesend sein. 3. Verschiedenes.

Beantwortlich für Berlin: Erich Ostner, Berlin; für den übrigen Teil des Landes: Alfred Scholz, Reutlingen; für Ansbach: Theodor Giese, Berlin; Verlag: Bornstraße-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Bornstraße-Berlin und Verlag: Bornstraße-Berlin G. m. b. H., Berlin, Lindenstraße 8. Hierzu 1. Beilage und Anzeigungsverzeichnis.

A. WERTHEIM

Reisegepäck-Versicherung
gegen Diebstahl und Feuerschaden
Versicherungs-Police werden in allen Filialen ausgefertigt

Herren-Artikel

- Weiche Sportkragen Leinen von 2,75 an
- Vorhemden weiß von 1,70 an
- Seidene Sporthermiden m. Klappmansch. von 64,50 an
- Seidene Schlafanzüge von 175,00 an
- Krawatten Selbstbinder u. fertig gebunden von 2,90 an
- Einfarbige Binder große Form, reinseidener Serge in vielen Farben 9,75
- Herren-Milzhüte moderne Formen 30,00
- Herren-Stroh Hüte neueste Formen 8,75
- Reise-Mützen Wolle mit seidener Futter 7,50
- Hosenträger großes Sortiment 2,10
- Kinder-Mafrosenmützen, Wollstoff u. Seid. vorrät. 9,50
- Kinder-Stroh Hüte für Mädchen und Knaben . . . 3,95

Schuhe

Bedarfscheinfreie
Hausschuhe und Pantoffel
in verschiedenen Ausführungen und Preisen für
Herren, Damen, Mädchen und Kinder.

Herren-Kleidung

- Sakko-Anzüge in verschiedenen Farben, gutschitzende Formen
- Sakko-Anzüge in blau, ein- und zweireihig
- Sommer-Mäntel teils hochgeschlossen, weite Form, teils mit Gurt und Falten, in grau und braun gemustert
- Loden-Mäntel in noch guten Qualitäten, grau und oliv
- Gummi-Mäntel sowie imprägnierte Regenmäntel reichhaltig am Lager
- Lüster-Sakkos großes Sortiment, in vielen Preislagen

Wenden von Herren-Kleidung
in eigenen Werksstätten

Schürzen

- Hausschürzen blau-weiß Kreton, mit Volant . . . 7,00
- Hausschürzen blau-weiß Kreton, extra weit . . 12,75
- Blusenschürzen dunkelblau, Baumwoll-Stoff mit farbigem Paspel 10,50
- Blusenschürzen geblämt Kreton, einfarb. besetzt 15,00
- Blusenschürzen mittelblau best. Batist, Wien. Form 22,00
- Teeschürzen geblämt Baumwollstoff, m. Volant und Tasche 9,25
- Teeschürzen dkl. gemustert Kreton, Wiener Form 11,25
- Teeschürzen mittelblau bestickt Batist, Wien. Form 18,50

Damenhüte

- Ungarnierte Damenhüte l. mod. Form 5,50 11,50 16,75
- Garnierte Damenhüte m. mod. Garnit. 14,50 19,00 25,50
- Garnierte Kinderhüte m. mod. Garnitur. 3,25 5,90 8,50
- Velours- u. Haarfilzhüte moderne Formen und Farben in großer Auswahl.
- Uebernahme von Damenhüten zum Umpressen sowie zum Garnieren nach der neuesten Mode